



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 28

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 28

.....
vom 8.10.2019

.....
dell'8/10/2019

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 28

.....
vom 8.10.2019

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Fragestunde.
..... Seite 4

Beschlussantrag Nr. 76/19 vom 25.3.2019, einge-
bracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba
und Staffler, betreffend Transparenz in der Ge-
meinschaftsverpflegung.
.....Seite 28

Beschlussantrag Nr. 123/19 vom 19.6.2019, einge-
bracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Lan-
desbeobachtungsstelle für Kultur.
.....Seite 38

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 28

.....
dell'8/10/2019

Indice

Interrogazioni su temi di attualità.
.....pag. 4

Mozione n. 76/19 del 25/3/2019, presentata dai
consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguar-
dante trasparenza nella ristorazione collettiva. . . .
..... pag. 28

Mozione n. 123/19 del 19/6/2019, presentata dal
consigliere Repetto, riguardante osservatorio cultu-
rale provinciale. pag. 38

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler

Ore 14.35 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich Landeshauptmann Kompatscher und die Abgeordnete Ladurner entschuldigt.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, möchte ich unserer Kollegin Brigitte Foppa recht herzlich zum Geburtstag gratulieren. Ich möchte auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fortbildungsseminars für pädagogische Fachkräfte und Lehrpersonal aller Bildungsstufen recht herzlich hier im Landtag begrüßen.

Die von Artikel 59 Absatz 6 der Geschäftsordnung vorgesehene Aufstellung der Mitteilungen wurde an die Abgeordneten verteilt.

Im Sinne von Artikel 111 Absatz 7 der Geschäftsordnung teile ich mit, dass die Anfragen zur Aktuellen Fragestunde Nr. 25/9/19 und Nr. 36/9/19 von den jeweils zuständigen Mitgliedern der Landesregierung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist von 10 Tagen beantwortet worden sind. Der Artikel 10 der Geschäftsordnung sieht vor, dass die noch nicht schriftlich beantworteten Anfragen der Aktuellen Fragestunde vorrangig behandelt werden.

Die Anfragen Nr. 382/19, 383/19 und 423/19 wurden nach der vorgesehenen Frist von 60 Tagen beantwortet. Mittlerweile – so wurde mir mitgeteilt – sind die Antworten eingegangen.

Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger): Mir scheint auch die Anfrage Nr. 395/19 auf, die überhaupt nicht beantwortet worden ist. Könnten Sie das vielleicht bitte kurz kontrollieren?

PRÄSIDENT: Wir werden diese Anfrage überprüfen und dann auch mitteilen, wie es um diese Anfrage steht.

Im Sinne von Artikel 110 Absatz 5 der Geschäftsordnung gebe ich bekannt, dass die Anfragen Nr. 372/19, 373/19, 395/19, 413/19 und 416/19 von den jeweils zuständigen Mitgliedern der Landesregierung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist von 60 Tagen beantwortet wurden. Ich weise darauf hin, dass die Anfrage des Abgeordneten Köllensperger darunter aufscheint. Landesrat Alfreider, Sie haben das Wort, bitte.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Danke, Herr Präsident! Ich bitte hier noch um etwas Verständnis. Es tut mir leid, einige Anfragen sind noch in Ausarbeitung. Es hat noch einige Überprüfungen von unseren Ämtern gegeben. Sie werden auf jeden Fall innerhalb von heute Abend oder morgen Früh eine Antwort bekommen. Ich bitte hier um Verständnis, weil es einige Überprüfungen intern im Amt gegeben hat. Danke schön!

PRÄSIDENT: Vielen Dank! Dann gehen wir davon aus, dass diese Antworten kommen werden. Ich möchte auch mitteilen, dass ich meiner Funktion als Präsident den Landesräten geschrieben habe, dass die Geschäftsordnung hier einzuhalten und innerhalb der 60 Tage zu antworten ist. Das wurde den Landesräten sowie dem Landeshauptmann schriftlich mitgeteilt.

Punkt 1 der Tagesordnung: "**Aktuelle Fragestunde.**"

Punto 1) dell'ordine del giorno: "**Interrogazioni su temi di attualità.**"

Anfrage Nr. 3/10/19 vom 19.9.2019, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend: Straßenverkehrsordnung angepasst? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich hatte diese Anfrage eigentlich an Sie gerichtet, aber ich sehe, dass Sie sie an den Landesrat Alfreider weitergeleitet haben. Das passt für mich natürlich auch. Ich war davon ausgegangen, dass das der Landtag hätte prüfen müssen. Aber ich bin gespannt auf die Antwort.

Am 12.01.2016 hat der Südtiroler Landtag einstimmig einen grünen Begehrensantrag an das Parlament mit folgendem Wortlaut genehmigt:

**Der Südtiroler Landtag
fordert
das italienische Parlament auf,**

Im "Nuovo codice della strada", das Kriterium der Sicherheit mit jenen der Gesundheit der Menschen und des Naturschutzes zu ergänzen und folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Im Artikel 1 Absatz 1 des "Nuovo Codice della Strada" wird der Satzteil "*La sicurezza delle persone, nella circolazione stradale, rientra tra le finalità primarie di ordine sociale ed economico perseguite dallo Stato*" durch "*La sicurezza e la tutela della salute delle persone, nonché quella dell'ambiente, nella circolazione stradale, rientrano tra le finalità primarie di ordine sociale ed economico perseguite dallo Stato*" ersetzt.
2. Der Beginn des Artikels 142, "Ai fini della sicurezza della circolazione e della tutela della vita umana la velocità massima ..." wird durch folgenden Wortlaut "*Ai fini della sicurezza della circolazione e della tutela della salute, dell'ambiente e della vita umana la velocità massima ...*" ersetzt.

**Il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita
il Parlamento**

a introdurre nel "Nuovo codice della strada" accanto al criterio della sicurezza anche quello della salute delle persone e della tutela della natura, apportando le seguenti modifiche:

1. All'articolo 1, comma 1 del "Nuovo codice della Strada" il periodo "*La sicurezza delle persone, nella circolazione stradale, rientra tra le finalità primarie di ordine sociale ed economico perseguite dallo Stato*" è sostituito dalle parole "*La sicurezza e la tutela della salute delle persone, nonché quella dell'ambiente, nella circolazione stradale, rientrano tra le finalità primarie di ordine sociale ed economico perseguite dallo Stato*"
2. All'inizio dell'articolo 142 le parole "*Ai fini della sicurezza della circolazione e della tutela della vita umana la velocità massima ...*" sono sostituite dalle parole "*Ai fini della sicurezza della circolazione e della tutela della salute, dell'ambiente e della vita umana la velocità massima ...*"

In den letzten Monaten wurde im Parlament tatsächlich mit der Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung begonnen. Den Südtiroler Parlamentariern war der Antrag des Landtages übermittelt worden.

Wir stellen daher folgende Fragen an den Landtagspräsidenten:

1. Haben die Südtiroler ParlamentarierInnen die Aufforderungen, die der Landtag an sie gerichtet hat, in ihre Anträge einfließen lassen? Falls nicht, wie begründen sie diese Nicht-Beachtung?

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Herr Präsident! Es ist richtig, dass es eines der maßgebenden Anliegen ist, die wir schon damals im Jahr 2016 als Parlamentarier versucht haben weiterzubringen. 2016 gab es auch einen entsprechenden Beschluss des Südtiroler Landtages, mehr Kompetenzen im Bereich der Straßenverkehrsordnung zu erreichen bzw. die nationale Straßenverkehrsordnung so zu erweitern, dass auch Themen wie Gesundheit oder sensible Gebiete eine bessere Regelung bzw. einen besseren Umsatz finden können. Bis jetzt galt als einziges Prinzip die Straßensicherheit und wir möchten diese ausweiten. Es ist nicht so, dass das Parlament jetzt endlich die Straßenverkehrsordnung anpassen will, sondern in den letzten Jahren sind immer wieder Versuche gestartet worden, diese Straßenverkehrsordnung im italienischen Parlament zu ändern. Wie Sie richtig gesagt haben, hat die letzte Regierung versucht, die Straßenverkehrsordnung zu ändern. Der Text liegt in den Ausschüssen vor und ich kann Ihnen eine sehr positive Nachricht übermitteln, und zwar, dass im Gesetzgebungsausschuss

eine Passage eingeflossen ist. Das ist für uns ein sehr, sehr positives Ergebnis. Ich kann auch hier von einer sensationellen Zusammenarbeit mit unseren Parlamentariern in Rom berichten. Die Kollegen Schullian, Gebhard, Plangger und Rossini haben es geschafft, dass ihr Abänderungsantrag in der Kommission angenommen wurde, allerdings durch die Änderung des Artikels 1. Artikel 1 übernimmt jetzt – auf Italienisch – "la tutela della salute delle persone" genauso wie "la tutela dell'ambiente". Allerdings reden wir hier noch von einem Frühstadium eines Gesetzentwurfes, der jetzt mal im Ausschuss behandelt worden ist. Es ist leider noch überhaupt nichts Definitives. Aber wir sind schon einen sehr, sehr großen Schritt weitergekommen. Das ist für uns ein Teilerfolg, den wir sicherlich sehr positiv bewerten. Ob dieses Gesetz mit der neuen Regierung wiederaufgenommen wird und vielleicht eines Tages das Licht am Ende des Tunnels gesehen wird, ist eine andere Frage. Allerdings läuft die Kooperation auch mit den Ministerien sehr gut. Ich kann berichten, dass die Kooperation mit dem Umweltministerium auch von unserem Ressort sehr positiv zu bewerten ist. Also, ich hoffe sehr, dass wir hier einen Schritt weiterkommen, gerade was die Straßenverkehrsordnung angeht. Es ist sicherlich auch ein positiver Schritt für den gesamten Landtag, der sich das erhofft hat. In diesem Sinne eine positive Nachricht, natürlich ein Teilergebnis, das aber sehr positiv zu bewerten ist.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Eine Replik! Danke, Herr Präsident, danke auch dem ehemaligen Parlamentarier in diesem Sinne, Landesrat Alfreider, für die Nachricht! Ich erinnere daran, dass wir gerade heute erst aus der Umweltagentur gehört haben, dass nochmal bekräftigt wurde, wie wichtig es ist, die Obergrenzen eventuell auch herabsetzen zu können, wenn es uns wirklich darum geht, die NO2-Werte zu senken. Das war heute erst wieder in den Nachrichten zu hören. Deshalb war ja auch dieses Anliegen aus dem Landtag gedrungen. Ich hatte mir allerdings die Anträge des Abgeordneten Schullian angesehen und musste feststellen, dass im Artikel 142, der ja der umsetzende Artikel ist, nichts gestanden ist. Ich bitte Sie deshalb, mir diese Antwort aus dem Parlament auszuhändigen, und hoffe weiterhin, dass die Zusammenarbeit mit unseren Parlamentariern so wunderbar klappt, dass wir hier wirklich Schritte voran machen können, die uns alle so am Herzen liegen. Danke schön!

PRÄSIDENT: Der Landesrat darf leider nicht mehr antworten, aber er wird dies machen. Davon gehe ich aus.

Wir kommen nun zur **Anfrage Nr. 7/10/19** vom 23.9.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Mehrsprachigkeit in den Kindergärten. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): L'apprendimento della lingua tedesca in età prescolare è diventato negli anni un'opportunità fondamentale per l'approccio alla conoscenza della lingua tedesca.

Si è appreso sulla stampa quotidiana che il bando di gara per l'insegnamento della lingua tedesca nella scuola d'infanzia italiana della provincia, sia stato vinto da una cooperativa Trentina.

C'è stato un ribasso del 10% sul prezzo e nel bando attuale è prevista una conoscenza della lingua pari ad un livello B2, mentre la società che gestiva prima il servizio ha sempre offerto personale di madrelingua.

A fronte di ciò si interroga l'Assessore competente:

- a) Come mai nel bando, nonostante l'ambito così delicato, non si è dato un punteggio nei confronti di chi propone docenti di madrelingua, formati a lavorare con bambini in età prescolare?
- b) Se la struttura che ha vinto l'appalto ha una organizzazione e una storia specifica nel settore dell'insegnamento delle lingue?
- c) Cosa chiedeva nello specifico il bando?

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente! Mi scuso, come ho detto già prima, oggi ho avuto un intervento, quindi ho un po' di anestesia e probabilmente parlerò male.

Si è deciso, in accordo con l'Agenzia per i contratti pubblici, di non dare un punteggio ai docenti di madrelingua tedesca o inglese, in quanto una scelta tale sarebbe stata discriminatoria nei confronti di tutti gli altri docenti. La conoscenza della lingua, quindi tedesco o inglese, è in caso garantita in quanto richiesto come requisito minimo la certificazione linguistica internazionale o equipollente almeno di livello B2 oppure, in alternativa, o il conseguimento del diploma o equipollente presso una scuola di lingua di insegnamento nella lingua di riferimento, quindi tedesco o inglese. Titoli superiori garantiscono un punteggio nella valutazione tecnica.

Come previsto nel disciplinare, tutti gli operatori economici partecipanti alla gara – quindi anche la ditta aggiudicatrice – dovevano aver eseguito nel triennio precedente alla data di pubblicazione del bando di gara servizi analoghi, risultati regolarmente eseguiti, di un importo non inferiore ai 30.000 euro con un massimo di 5 contratti.

Si forniscono in breve le informazioni principali contenute nel bando:

La gara ha come oggetto il Plurilinguismo nella scuola dell'infanzia italiana - Approccio alle lingue e culture tedesca e inglese per un importo stimato complessivo di 1.299.785 euro – IVA esclusa.

La gara è stata svolta con la procedura aperta.

Il servizio comprende sia l'attività didattica di approccio ludico delle lingue tedesca e inglese da svolgersi in orario scolastico, sia le attività aggiuntive previste – programmazione e incontri con le famiglie – da svolgersi sempre nelle scuole.

L'appalto è suddiviso in lotti:

- Lotto 1 Val Venosta/Merano/Burgraviato
- Lotto 2 Bolzano
- Lotto 3 Laives/Bassa Atesina
- Lotto 4 Vipiteno/Bressanone/Brunico

Per ciascun lotto è richiesta la presenza di un referente didattico-pedagogico, di un corpo docente composto da uno staff minimo obbligatorio di 7 docenti e da uno staff opzionale fino ad un massimo di ulteriori 3 docenti.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie assessore. Se posso avere poi lo scritto che ci ha letto, comunque risulta chiaramente dalla risposta che si è optato per un'altra scelta rispetto a insegnanti di madrelingua, che aveva una sua logica nel passato e riteniamo che sia ancora una delle cose fondamentali anche nell'ambito della funzione dell'insegnamento della seconda lingua, nelle varie scuole di insegnamento c'è sempre l'insegnante di madrelingua sia nelle scuole di lingua italiana che nelle scuole di lingua tedesca, per cui riteniamo che questo indirizzo debba essere mantenuto anche nelle scuole dell'infanzia. Grazie

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 11/10/19 vom 1.10.2019, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Atz Tammerle, betreffend Busersatzdienst Mals-Schlanders. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ein Bürger, welcher jeden Tag mit dem Busersatzdienst von Mals nach Schlanders fährt, teilte der Süd-Tiroler Freiheit mit, dass auf dieser Linie angeblich nur süditalienische Busfahrer eingesetzt werden. Diese würden sich nicht bemühen, Deutsch zu sprechen. Im Gegenteil, sie würden auf die italienische Sprache beharren.

Deshalb stellt die Süd-Tiroler Freiheit folgende Fragen:

1. Welche Firma wurde mit dem Busersatzdienst von Mals nach Schlanders beauftragt?
2. Stimmt es, dass größtenteils nur einsprachige (italienische) Busfahrer eingesetzt werden?
3. Was will die Landesregierung unternehmen, um das Problem umgehend zu beheben?

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Herr Präsident, danke für die Fragestellung und die Hinweise auf die kritischen Situationen, die wir natürlich in Südtirol derzeit auch haben.

Zu Frage 1: Mit dem Busersatzdienst Mals-Schlanders, welcher noch bis zum 13.10.2019 durchgeführt wird, wurde das Unternehmen SAD beauftragt.

Zu Frage 2 und 3 hingegen ist es so, dass die Fahrgäste das Recht haben, Auskünfte in ihrer Muttersprache zu erhalten. Das ist klar, das ist bekannt und ist auch von uns so verlangt. Natürlich ist es deswegen notwendig, dass ein Busfahrer eines öffentlichen Verkehrsdienstes, welcher im ständigen Kontakt mit den Fahrgästen steht, mindestens die Grundkenntnisse der deutschen und der italienischen Sprache beherrscht. Jedoch muss auch das Recht auf Beförderung garantiert werden. Sollte es deshalb bei der Anstellung der Busfahrer am zweisprachigen Personal mangeln, so reicht das Land die Verantwortung und den Auftrag weiter, damit dieses Personal geschult werden kann und innerhalb eines angemessenen Zeitraums ausreichende sprachliche Kenntnisse erlangen und grundlegende Fragen zu den Tarifen, Fahrplänen und zu den bedienenden Haltestellen in den beiden Sprachen beantworten kann. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass

ein Fahrer und eine Fahrerin, obwohl im Besitz des erforderlichen Nachweises, die Sprache trotzdem nicht gut genug beherrscht bzw. diese nicht einsetzt. Da dies keine zulässige Situation darstellt, wird das Mobilitätsressort die Betreiber der öffentlichen Verkehrsdienste im Landesinteresse immer darauf hinweisen, dass das Personal auf jeden Fall dahingehend zu schulen ist, dass das Recht der Fahrgäste auf Benutzung der Muttersprache gewährleistet ist. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auch informieren, dass wir derzeit sehr, sehr intensive Gespräche mit den verschiedenen Konzessionären - wie Sie wissen - in Südtirol, vor allem auch mit den Gewerkschaften, mit dem Buspersonal und den Vertretern der Busfahrer haben, damit diese Situation in Zukunft verbessert werden kann. Das hängt natürlich auch sehr stark mit der derzeitigen Situation des öffentlichen Personenverkehrs zusammen, den wir derzeit dabei sind zu reformieren.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Eine Replik! Sie sehen, Herr Landesrat, dass das im Grunde genommen eine sehr harmlose Anfrage war. Ich sage das aus einem ganz bestimmten Grund. Die Tageszeitung Alto Adige hat in den letzten Tagen in übelsten nationalistischen Journalismus – ich sage das ganz bewusst – hier eine Geschichte draus gedreht, für die man sich eigentlich nur schämen kann. Im Grunde genommen ist das ein Generalangriff auf die Südtiroler. Derjenige, der sich mal die Mühe macht, die Kommentare unter dem Alto-Adige-Artikel zu lesen, wird sehen, dass der beste noch jener ist, dass wir Südtiroler unsere Koffer packen und über den Brenner auswandern sollen. Das von einer Tageszeitung in Südtirol! Ich kann das nur in aller Deutlichkeit sagen. Für die Tageszeitung Alto Adige kann man sich nicht nur, sondern muss man sich als aufrechter Demokrat schämen, wenn man sieht, was aus einer derart harmlosen Anfrage gemacht wurde.

Ich sage aber auch bewusst, dass diese Anfrage zwar harmlos, die Problematik dahinter aber groß ist. Die Problematik dahinter ist: Eigentlich ist es so, dass in Südtirol nicht ausgeschlossen werden kann, dass man vielleicht irgendwo noch jemanden findet, der deutschsprachig ist. Das Problem besteht nicht nur auf der Busersatzlinie Mals-Schlanders, sondern auf ganz, ganz vielen Linien. Wenn Sie zum Beispiel mit der Buslinie Schenna-Meran fahren, finden Sie – glaube ich - jetzt nur noch einen einzigen Busfahrer, der überhaupt Deutsch kann. Alle anderen sprechen nur noch Italienisch. Da gibt es zwei Aspekte. Es ist zum einen natürlich das Recht auf Gebrauch der Muttersprache der Südtiroler. Es ist aber auch ein wirtschaftlicher Schaden für den Tourismus, denn in Schenna sind fast hauptsächlich deutsche Touristen. Diese beschwerten sich permanent. Sie sind nicht in der Lage den Busfahrer zu fragen, wo sie einen Anschlussbus finden. Sie sind nicht einmal mehr in der Lage, ein Ticket zu kaufen, weil sie der Busfahrer nicht versteht. Vor 14 Tagen gab es einen Fall, dass eine Frau von dem Busfahrer fast aus dem Bus hinausgeschmissen wurde, weil sie sich bereiterklärt hatte, einem Gast etwas zu übersetzen. Der Busfahrer hat gesagt, dass er keine Zeit für solche Sachen hätte, "qui siamo in Italia" und deswegen solle sie abschieben. Das ist im Moment leider die Realität, die wir ganz oft erleben. Wir werden diese Woche auch noch über die Etikettierung von Handelsprodukten reden und den Omnibusgesetzantrag vom Landeshauptmann behandeln. Wir werden auch darauf hinweisen, dass wir glauben, dass es notwendig ist, in Südtirol eine gesetzliche Anpassung vorzunehmen, dass Artikel 99 des Autonomiestatutes nicht nur dahingehend interpretiert wird, dass die deutsche Sprache gleichgestellt ist, im Sinne von "man kann sie zusätzlich verwenden", sondern dass wir eine gesetzliche Grundlage brauchen, dass die Verwendung der deutschen Sprache allenfalls notwendig ist und nicht fakultativ zusätzlich verwendet werden kann. Aber dazu werden wir diese Woche sicherlich noch Gelegenheit haben.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 5/10/19 vom 23.9.2019, eingebracht vom Abgeordneten Locher, betreffend Bau des Projekts: Bozner Umfahrungen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LOCHER (SVP): Mehrere 10-Tausende Einwohner und Pendler verkehren tagtäglich in und um die Stadt Bozen. Fasst man die Einwohner der Hauptstadt, jener der angrenzenden Nachbargemeinden und jene der unmittelbar umliegenden Gemeinden der Stadt zusammen, so kommen wir auf eine insgesamt Einwohnerzahl von über 200 Tausend.

Tagtäglich kommt es somit zu überhöhtem Verkehrsaufkommen und nicht mehr annehmbaren Behinderungen im Straßenverkehr.

Die Stadt Gemeinde Bozen hat sich bereits um die Lösung dieser Probleme bemüht und einen Masterplan entwickelt. Es gilt jedoch darauf hinzuweisen, dass der Bau des Projekts "Bozner Umfahrungen" in den übergemeindlichen Zuständigkeitsbereich fällt und die Hauptstadt selbst nicht über die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen verfügt.

Somit ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung:

- Wie weit ist der Bau folgender Umfahrungen vorangeschritten?
- Verlegung der SS12
- Verlegung der Einsteinstraße
- Verbindungsstraße zwischen Einsteinstraße und der Schnellstraße MeBo
- Bau des Hörtenbergtunnels

Um eine definitive Projektierung in Auftrag zu geben, bedarf es geologischer Untersuchungen. Sind solche bereits betreffend diese Projekte gemacht worden?

Wie ist die weitere Vorgehensweise betreffende oben genannter Projekte geplant?

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Herr Präsident, lieber Kollege Franz Locher! Danke vielmals für diese Anfrage, die uns ermöglicht, das Thema Mobilität in der Stadt Bozen näher zu analysieren. Ich möchte vor allem auf die Projekte kurz eingehen, die nicht nur die Stadt Bozen, sondern auch die Seitentäler betrifft. Wie Sie wissen, haben wir schon in den letzten Monaten einige Male darauf hingewiesen, dass Investitionen in der Stadt Bozen und um die Stadt Bozen herum notwendig sind, um gerade die Mobilität der Peripherie hier zu erleichtern. Deshalb wird ein sehr starkes Augenmerk auf die Anfangszeit dieser Legislatur gelegt, Investitionen in die Hand zu nehmen, um gerade dafür Sorge zu tragen. Wir sehen jeden Tag, wie schwierig es ist, die Verkehrssituation hier in den Griff zu bekommen, das heißt, es braucht unbedingt Infrastrukturen.

Was die einzelnen Projekte anbelangt, ist es so, dass wir bei der Verlegung der Einsteinstraße sehr weit fortgeschritten sind. Das ist auch Teil des Abkommens mit der Gemeinde Bozen. Wir sind hier in engem Kontakt. Das Projekt, das am weitesten voraus ist, ist die Verlegung der Einsteinstraße. Hier ist es so, dass die Ausschreibung der Projektierung beauftragt worden ist und die Bietergemeinschaft Pfeifer Planung, Ingenieurgesellschaft, Pasquali Rausa, Baugeologie und Büro Nikolussi haben das Projekt jetzt als Planer erhalten. Sie sind dabei, das endgültige Projekt auszuarbeiten und wir rechnen damit, dass wir im nächsten Jahr dieses Projekt schon auf den Weg bringen können. Was die anderen Projekte hingegen anbelangt, ist es so, dass speziell die SS12 und die Verbindungsstraße mit der MeBo ganz eng mit dem Thema Autobahnkonzession zusammenhängt. Da erhoffen wir uns, dass wir bei Abschluss des Themas Autobahnkonzession endlich diese zwei Projekte weiterbringen können, weil sie natürlich direkt mit dem Thema Autobahnkonzession und finanzielle Mittel zusammenhängen.

Danke für den Hinweis auf den Hörtenbergtunnel. Hier hatten wir einige Treffen in den letzten Monaten gemeinsam mit dem Landeshauptmann, mit Kollege Thomas Widmann und mit der Gemeinde Bozen. Wir möchten dieses Projekt weiterbringen, auch wenn es zurzeit nicht eines der prioritären Projekte ist. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Projekt weitergebracht werden muss. Die Gemeinde Bozen hat sich ausgesprochen, dass sie innerhalb des Jahres die Verkehrszahlen bringen wird. Wir werden in der Zwischenzeit mit den Trassenstudien weiterfahren und sobald wir das haben, werden auch die geologischen Studien gemacht werden. Das ist die derzeitige Situation.

Zur geologischen Planung werden natürlich – wie gesagt, sobald wir die Trassenverläufe haben - auch die geologischen Untersuchungen gemacht werden. Wir warten derzeit auf das, was mit der Gemeinde Bozen abgemacht worden. Sie liefert uns die gesamten Verkehrsdaten in der Stadt Bozen und die entsprechenden Verkehrsflüsse mit der Peripherie. Sobald das da ist, werden wir die nächsten Schritte starten. Danke schön!

LOCHER (SVP): Danke, Herr Landesrat! Ich glaube, es wird eines der brennendsten Themen in den nächsten Jahren werden. Das heißt, dass ich hier nicht nur mit Versprechen zufrieden bin. Ich werde fast halbjährlich eine Anfrage stellen, wie weit das Projekt ist. Sonst hilft es nichts und wir bleiben auf dem gleichen Punkt stehen. Wir reden seit 20 Jahren über dasselbe Thema. Jetzt ist es langsam an der Zeit, im Bozner Raum bzw. im Umfahrungsbereich von Bozen etwas zu machen. Es sind Studien gemacht worden, Studien gemacht worden und Studien gemacht worden sowie Masterpläne erstellt worden, aber jetzt wird es langsam ernst. Ich traue dir als Landesrat das auch zu, dies umzusetzen, und ich werde nicht nachgeben. Danke schön!

PRÄSIDENT: Jetzt fällt mir ein, dass ich zu Beginn der Sitzung vergessen habe, eine Mitteilung zu machen. Ich ersuche die Mitglieder des zweiten Gesetzgebungsausschusses sowie die Beamtinnen des Rechtsamtes um eine kurze Unterredung am Ende der heutigen Sitzung.

Anfrage Nr. 1/10/19 vom 16.9.2019, eingebracht von der Abgeordneten Mair, betreffend Wartezeiten für psychiatrische Visiten. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ein Bürger, welcher als Arbeitsinvalide kategorisiert ist, wollte sich jüngst für eine psychiatrische Visite vormerken. Die nächsten Termine seien im Februar 2020 in Brixen oder im Juni 2020 in Bruneck an den jeweiligen Krankenhäusern möglich. Mit einer Physiotherapie könne frühestens Weihnachten 2020 begonnen werden. Der Patient sieht sich gezwungen an einen privaten Physiotherapeuten zu wenden.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wie setzen sich derzeit die Wartezeiten für eine psychiatrische Visite an den einzelnen Krankenhäusern Südtirols zusammen?
2. Greift die Physiotherapie unmittelbar nachdem die Notwendigkeit derselben bei der Visite festgestellt wurde? Wenn Nein, aus welchen Gründen nicht und mit welchen zusätzlichen Wartezeiten ist zu rechnen?
3. Aus welchen Gründen sind die Wartezeiten in der Nachbarprovinz Trient deutlich kürzer?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Kollegin Mair! Folgendes zu Ihren Fragen: Der derzeitige Mangel an ärztlichem Personal auf der einen Seite und der Anstieg der Nachfrage von Seiten der Bürger nach Visiten auf der anderen Seite verursacht leider ganz lange Wartezeiten für ambulante fachärztliche Leistungen. Dieses Phänomen zeigt sich auch im Bereich der psychiatrischen Visiten, wo das mögliche Leistungsangebot niedriger ist als die tatsächliche Nachfrage. Die derzeitige Wartezeit für eine psychiatrische Erstvisite mit der Prioritätsstufe D – das wären die aufschiebbaren Visiten - und der höheren Prioritätsstufe (B/prioritär) beträgt in den einzelnen Krankenhäusern wie folgt – es ist sehr unterschiedlich -: Bozen ist sehr schlecht besetzt. Hier fehlen etwa 5,5 Stellen auf insgesamt 10 Stellen. Wir haben hier keine Verfügbarkeit, weder für die Prioritätsstufe D noch für die Prioritätsstufe B. Im Krankenhaus Meran beträgt die Wartezeit für die Prioritätsstufe D 362 Tage und für die Prioritätsstufe B 6 Tage. Im Krankenhaus Schlanders sind wir ebenfalls sehr stark unterbesetzt. Dort gibt es derzeit keine Verfügbarkeiten. Im Krankenhaus Brixen beträgt die Wartezeit für die Prioritätsstufe D 154 Tage und 20 Tage für die Prioritätsstufe B. Im Krankenhaus Sterzing beträgt die Wartezeit für die Prioritätsstufe D 170 Tage und für die Prioritätsstufe B gibt es kein Angebot. Im Krankenhaus Bruneck beträgt die Wartezeit für die Prioritätsstufe D 349 Tage und für die Prioritätsstufe B 20 Tage. Im Krankenhaus Innichen sind es 366 Tage für die Prioritätsstufe D, während es für die Prioritätsstufe B kein Angebot gibt. Also schaut es relativ schlecht aus, keine Frage. Das ist sicher einer der Punkte, der zu verbessern gilt. Falls die Maßnahmen für die vier Bereiche Augen, Derma usw., die wir uns vorgenommen haben, greifen, werden wir sicher auch diesen Teil in Angriff nehmen können.

Zur nächsten Frage: Die psychiatrische Visite dient zur Feststellung der Dringlichkeit und des Rehabilitationsbehandlungsplanes. Die Patientenannahme seitens des Personals des medizin-technischen Rehabilitationsbereiches, kann innerhalb der vorgesehenen Zeiten gewährleistet werden, wenn dafür die erforderlichen Ressourcen vorhanden sind. Die sind momentan eindeutig nicht vorhanden. Wir haben die Hälfte der Stellen beispielsweise in Bozen nicht besetzt und vakant. Dort ist sicher zu überprüfen, ob wir in der Ausbildung oder in anderen Bereichen etwas machen können.

Ihre Frage, ob Trient besser oder schlechter ist - Sie haben davon gesprochen, dass die Wartezeiten in Trient kürzer sind -, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir haben kurzfristig nachgefragt und keine Informationen erhalten. Wir sind aber dabei, diesbezüglich Informationen einzuholen, erstens einmal, ob die Wartezeiten kürzer oder länger sind. Sollten sie kürzer sein, gilt es die Ursache dafür darzulegen. Sollte die Situation besser sein als bei uns, hängt das sicher auch mit dem Personal bzw. mit der Personalausstattung zusammen. Dann werde ich Ihnen diese Information nachreichen.

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Ich habe ganz bewusst die dritte Frage als Frage formuliert, denn ich höre das von verschiedenen Bürgern immer wieder. Wenn man in Trient anruft, soll es angeblich in den verschiedensten Bereichen wesentlich schneller gehen. Natürlich verzichtet man da auch auf einige Dinge wie Muttersprache usw., aber das ist bei uns ja ohnehin auch nicht mehr garantiert. Über Personalmangel und über die Ursache haben wir ja schon ganz oft gesprochen. Ich ersuche Sie einfach, dass Sie mir die Antwort schriftlich geben, damit ich sie dieser betroffenen Person weiterleiten kann. Indem Sie das bestätigen, wird einmal mehr deutlich, dass wahnsinnig lange Wartezeiten sind. So sehen sich viele Bürger einfach wirklich

genötigt, privat zu gehen, was dann wieder mit hohen Kosten verbunden ist. Hier wäre es wirklich wichtig – und darüber haben wir uns ja auch schon mehrfach unterhalten -, dass man hier vielleicht einspringen könnte, indem ein Teil - wenn nicht alles - rückerstattet wird. Ich ersuche Sie, mir die schriftliche Antwort auszuhändigen. Danke!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 2/10/19 vom 19.9.2019, eingebracht vom Abgeordneten Renzler, betreffend Bereichsabkommen für die Bediensteten des Sanitätsbetriebs. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

RENZLER (SVP): Die Verhandlungen zum Bereichsabkommen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesgesundheitsdienstes stehen seit geraumer Zeit still. Die Bereichsverhandlungen sind im Interesse der Bediensteten und des Sanitätsbetriebes so schnell wie möglich aufzunehmen und zum bestmöglichen Abschluss zu bringen.

Die Landesregierung wird im Sinne der Geschäftsordnung um die mündliche Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wann fand das letzte Treffen zwischen den Vertragspartnern des obgenannten Bereichsabkommens statt und welches sind die aktuellen Zwischenergebnisse?
2. Bis wann gedenkt die Landesregierung die Verhandlungen zu diesem Bereichsabkommen fortzusetzen?
3. Wie viele finanzielle Mittel gedenkt man dafür zur Verfügung zu stellen, da die derzeit dafür vorgesehenen Ressourcen nicht ausreichend sind?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Kollege Renzler! Zuerst einmal bedanke ich mich für die Anfrage, denn es ist ein Thema, das brennt, keine Frage. Vor allem ist es jetzt so, dass der Personalmangel sicher auch darauf zurückzuführen ist, dass im einen oder anderen Bereich über lange Zeit wenig getan worden ist. Es ist jetzt sicher wichtig, dass man diese Verhandlungen wieder aufnimmt. Auf Ihre Frage, das letzte Treffen zwischen den Vertragspartnern des obigen Bereichsabkommens fand am 12. Februar 2019 statt. Die Landesregierung hatte am 10.07.2018 – als im letzten Jahr im Juli - folgende Richtlinien erlassen. Arbeitszeit: Überarbeitung des Instituts der Mehrstunden (Plusorario), Zwischenergebnis: Die Verhandlungspartner waren in dieser Zeit damit beschäftigt, eine Strategie zu finden, um das Institut der Mehrstunden (Plusorario) zu überwinden. Der Plusorario ist im nicht-ärztlichen Kollektivvertrag als Teil des Produktivitätsfonds festgeschrieben. Derzeit kann der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin bis zu einem Höchstausmaß von 3 Stunden pro Woche ermächtigt werden, und zwar zusätzlich zur vorgesehenen Wochen-Arbeitszeit von 38 Stunden. Da diese Stunden gut bezahlt werden, können Mitarbeiter auf diese Weise ihr Gehalt aufbessern. In den Richtlinien der Landesregierung vom 10.07.2018 steht, dass der Plusorario abgeschafft werden soll. Hierfür sollte man nach entsprechenden Alternativvorschlägen suchen. Da ist man dabei, aber noch nicht soweit. Im Zuge der Verhandlungen wurde vereinbart, den Plusorario durch eine Verschiebung der Weiterbildungsstunden außerhalb der Arbeitszeit aufzuwiegen, das heißt, dass die Bediensteten, die die verpflichtende Weiterbildung außerhalb der Arbeitszeit besuchen, eine Stundenvergütung pro Weiterbildungsstunde erhalten. Dies hat auch bereits beim Ärztevertrag zu positiven Ergebnissen geführt.

Weitere Punkte sind: Flexibilisierung der Arbeitszeit (smart working), Überarbeitung der Tarife der Zulagen (Nacht- und Feiertagszulagen, Bereitschaftsdienste, aufreibende Tätigkeit (z.B. Intensivstation), Koordinationszulage, Aufgabenzulage, Mykologenzulage, Projektzulage), Überarbeitung der Regelung zum *Part-time* – auch hier gibt es neue Bedürfnisse – und Überprüfung der Möglichkeit zur Öffnung der freiberuflichen innerbetrieblichen Tätigkeit. Das ist ein Teil, wo sich noch die Geister scheiden. Ob das mithilft, die Wartezeiten abzubauen oder eben nicht, ist noch zu bewerten.

Weiterbildung: Weiterbildung während/außerhalb der Arbeitszeit (in Anlehnung an das Modell der Ärzte und sanitären Leiter), Überarbeitung der Formen der Weiterbildung, Weiterbildungsfonds, Berufskarriere, Überarbeitung der Masterzulage (hohe Spezialisierung), Ausarbeitung eines Modells zur Berufskarriere (Anlehnung an jenes der Ärzte und sanitären Leiter). Das ist in einer Arbeitsgruppe besprochen worden.

Die Berufsbilder: Neubeschreibung der Berufsbilder, Überarbeitung der Zugangskriterien, Aufgabenzulage/Spezialisierungszulage: Die Gewerkschaften haben hier den Betrag für die Spezialisierungszulage zu knapp befunden. Dies, obwohl ihnen mitgeteilt wurde, dass die Vergütung des Personals nicht allein durch diese Zulage erfolgen wird, da im Rahmen des Kollektivvertrages noch weitere Institute vorgesehen sind, wie die Berufskarriere, Telearbeit, Teilzeit, Smart Working.

Die Gewerkschaften wurden dann ersucht, einen Vorschlag hinsichtlich angedachten Betrages zu übermitteln und - da kein Vorschlag eingegangen war – hat der Verhandlungsleiter das letzte Mal kurzfristig abgefragt.

Zum Schluss vielleicht das noch das Wichtigste, was Sie mich gefragt haben: Im Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag werden weitere wirtschaftliche Behandlungen vorgesehen. Wir müssen die Ergebnisse dieses Vertrages abwarten, um dann weiter verhandeln zu können. Meine Information ist, dass das dieses Jahr noch passieren wird.

Auf Ihre Frage, ob weitere finanzielle Mittel eingesetzt werden, Folgendes: Natürlich werden wir dann weitere finanzielle Mittel einsetzen, die auch schon vorgesehen sind, um die Verhandlungen seriös aufzunehmen.

RENZLER (SVP): Danke, Herr Landesrat, für die ausführliche Beantwortung meiner Anfrage. Ich hoffe und wünsche inständig, dass die Verhandlungen zum Bereichsvertrag wieder so schnell wie möglich aufgenommen werden können und dass vor allem dafür noch zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Gleichzeitig möchte ich Sie ersuchen, mir die schriftliche Antwort auszuhändigen, und bedanke mich für die Antworten. Danke!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 18/10/19 vom 2.10.2019, eingebracht von den Abgeordneten Franz Ploner, Köllensperger und Rieder, betreffend Einkauf externen Leistungen von privaten Anbietern. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Bedingt durch die langen Wartezeiten bei ambulanten Leistungen im öffentlichen Südtiroler Gesundheitssystem beabsichtigt der Landesrat für Gesundheit laut Medienbericht den Einkauf zusätzlicher Leistungen. So sollen unter anderem im Fachbereich Augenheilkunde ca. 3.000 Leistungen eingekauft werden, im Bereich der radiologischen Diagnostik ca. 2.000 Magnetresonanztuntersuchungen.

Dies vorweg, richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien wurden die einzelnen privaten Anbieter ausgewählt?
2. Nach welchen gesetzlichen Kriterien erfolgen diese Ausschreibungen?
3. Welche zusätzlichen Kosten sind für die ambulante Visiten in der Augenheilkunde bei den privaten Anbietern zu kalkulieren? Was kostet eine ambulante Visite oder die diversen augenärztliche Leistungen bei den privaten Anbietern?
4. Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten in der radiologischen Diagnostik bei den ambulanten Anbietern zusätzlich zu bemessen? Auflistung der unterschiedlichen Magnetresonanztuntersuchungen und deren einzelnen Kosten?
5. Nach welchen Qualitätskriterien werden die privaten Anbieter bewertet?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP): Werter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Kollege Ploner! Zu Ihrer ersten Frage: "*Nach welchen Kriterien wurden die einzelnen privaten Anbieter ausgewählt?*" Sie sind ja ein Experte im Sanitätsbereich, Kollege Ploner, und Sie wissen ganz genau, wie der Weg geht, und zwar über die Akkreditierung. Die Akkreditierung ist in verschiedenen Gesetzen und Dekreten festgeschrieben. Darin sind genau die Bestimmungen enthalten, wie akkreditiert und dann konventioniert wird. Dort sind auch Leistungs- und Qualitätskriterien festgeschrieben, ohne welche die Akkreditierung und Konventionierung nicht erfolgen können. Aber konkret zu Ihren einzelnen Fragen ist Folgendes zu sagen: Gemäß Gesetz Nr. 833/1978 und der Durchführungsverordnung Nr. 502/1992 werden die privaten Leistungserbringer am nationalen Gesundheitsdienst beteiligt und die Landesregierung legt die Kriterien und Modalitäten zur Abfassung der Verträge fest. Das ist das, worauf ich mich bezogen habe. Das ist natürlich öffentlich und einsichtig. Man weiß ganz genau, wie es dann erbracht wird.

Die aktuelle Problematik im Rahmen der Wartezeiten wurde mit einem definierten Bedarf an Leistungen angegangen, die von den privaten Leistungserbringern angekauft werden sollten. Es ist so, dass das ein Teil der Maßnahmen ist, der hier auch einheitlich – ich glaube, mit 29 Ja-Stimmen - beschlossen wurde. Da man intern die Wartezeiten nicht abbauen kann, kann man auch auf einen Leistungszukauf zurückgreifen. Ich mache Ihnen noch ein Beispiel. Bei den Augenvisiten sind es ungefähr 3000, die uns fehlen, um die Wartezeiten

auf die gesetzlichen Vorgaben zu bringen. Das ist momentan intern aufgrund von Personalmangel und verschiedenen anderen Begrenzungen noch nicht erbringbar.

Der Vertragsabschluss bzw. die Erweiterung der bereits bestehenden Vertragsverhältnisse erfolgte anschließend mit jenen privaten Leistungserbringern, welche die Bereitschaft geäußert haben, zu den gebotenen Vertragsbedingungen die benötigten Leistungen zu erbringen. Das heißt, wir haben zum Beispiel bei Omega angefragt. Omega ist nicht interessiert, weil sie schon ausgebucht sind und zu ganz anderen Preisen operieren, als wir sie momentan bereit sind zu bezahlen. Wir haben sehr wenige, im Prinzip drei Anbieter auf dem privaten Markt, die überhaupt Magnetresonanzen anbieten. Das sind St. Anna, Bonvicini und Omega. Das heißt, wir haben nur eine kleine begrenzte Zahl von akkreditierten Betrieben. Für meine Kolleginnen und Kollegen in der Aula - einige werden es wissen – möchte ich sagen, dass zum Beispiel im Veneto fast alle privaten Kliniken akkreditiert sind und sich somit fast jeder von Südtirol unten "privat operieren" lassen kann. Das wird praktisch von Südtirol nach normalen Transfertarifen bezahlt wird. Wir haben nur ganz minimal akkreditiert und somit nur ein, zwei oder drei Kliniken in gewissen Bereichen akkreditiert. Das ist auch ein Problem. Wir haben am Markt gar nicht die Möglichkeit zuzukaufen wie in der Lombardei oder wie zum Beispiel im Veneto. Lombardei hat eine Zukaufquote von etwa 40, 45 Prozent. Wir haben gerade mal 3, 4 oder 5 Prozent.

Zu Frage 2: Der Ankauf externer Leistungen - nach welchen Kriterien - ist in Artikel 44 des Gesetzes Nr. 833/1978 und in Art. 8-quarter genau definiert. Es sind sehr komplexe Anfragen, wenn man genau antworten will. Auch bei der Augenheilkunde gibt es relativ wenige Anbieter, momentan St. Anna und Bonvicini, später vielleicht mal die Marienklinik und die City-Klinik. Moment haben aber nur die Kliniken St. Anna und Bonvicini verfügbare Leistungen. Die Kriterien sind genau definiert, wie Sie wissen, sprich die Akkreditierung, die Konventionierung und dann die sogenannten Leistungstarife. Ich habe die Antwort auf diese Anfrage schriftlich vorbereitet. Sie können diese gerne ausgehändigt bekommen. Da ich mir hier ein bisschen Notizen gemacht habe, erhalten Sie dann eine Reinschrift davon.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Ich möchte nicht ins Detail einsteigen, denn hier könnte man sehr ausführlich darüber diskutieren, insbesondere was die Akkreditierung angeht. Die Akkreditierung ist meistens nur eine strukturelle Akkreditierung, aber keine fachspezifische Akkreditierung. Das wollte ich wissen, denn Sie müssen bei MRT-Befunden genauso fachspezifische Akkreditierungen machen. Wer macht diese? Das heißt, ich muss die Daten kennen. Das haben wir zum Beispiel beim Mammographie-Screening sehr genau.

Das zweite ist: Wenn ich zwischen Augenleistung und Augensite differenziere, muss ich es wissen. Denn was kostet mir beim Privaten eine Augensite und was kosten mir diese Leistungen? Vielleicht könnten sich damit auch kleine Häuser mit einem konventionierten Arzt zusammenschließen und lokal die Leistungen zu einem relativ günstigen Preis erbringen. Deswegen meine Frage: Was kostet das, um das dann umzurechnen? Aber ich bekomme ja von Ihnen die Ausführungen und werde sie mir dann durchschauen. Danke!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 35/10/19 vom 3.10.2019, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Versetzung des Personals "in Wartestand mit Auftrag". Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Movimento 5 Stelle): Premesso che: nel comma 3 dell'articolo 18 della legge provinciale 23 aprile 1992, n. 10, e successive modifiche, dopo la parola: "comando" sono aggiunte le seguenti parole: "o di aspettativa con incarico".

Si interroga l'assessore/a competente:

1. Quante persone nell'Amministrazione provinciale si trovano nello stato di "aspettativa con incarico" e dove sono attualmente collocate?

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Als Antwort auf diese Frage ist zu sagen, dass sich derzeit eine Person der Landesverwaltung im sogenannten Wartestand "aspettativa con incarico" befindet. Es ist ein Führungsauftrag auf höchster Ebene im Kulturministerium in der Direktion der nationalen Museen. Der Auftrag wird vollständig von staatlicher Seite bezahlt. Das ist wichtig zu präzisieren. Die angesprochene gesetzliche Basis garantiert in diesem Fall lediglich, dass Landesbedienstete mit einem solchen Wartestand nicht den Anspruch auf eine Stelle in der Landesverwaltung verlieren.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Come sospettavamo si tratta proprio di luna legge *ad personam* e quindi richiedo anche la risposta scritta. Grazie!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 30/10/19 vom 2.10.2019 eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend ehemaliges Solland-Gelände. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Premesso che con propria nota del 30 settembre le maestranze della ex Solland di Sinigo (Merano) hanno indetto lo stato di sciopero di tutti i dipendenti con contestuale fermo di tutte le attività di movimentazione dei silani e lo svuotamento delle cisterne

Si interroga il Presidente della Giunta provinciale – in questo caso il Vicepresidente della Giunta provinciale - per sapere come intenda giustificare le proprie dichiarazioni – le dichiarazioni del Presidente Kompatscher - su un legittimo sciopero che garantisce la tenuta in sicurezza dell'impianto e quali passi la Provincia abbia mosso presso il Ministero del lavoro a seguito degli ultimi avvenimenti perché sia riattivato il tavolo a suo tempo istituito.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Bezug auf diese Aussagen gibt es eigentlich nichts zu rechtfertigen, denn die Faktenlage ist klar. Zum einen sollte man hier auch in diesem Zusammenhang erwähnen, dass jetzt wirklich lange Zeit die Gelegenheit für alle möglichen Betreiber war, sich hier an den verschiedenen Versteigerungen zu beteiligen. Insgesamt sind ja 7 Versteigerungen ausgeschrieben gewesen, allesamt - den Ausgang kennen wir ja -, ohne dass ein Zuschlag erteilt werden konnte, bis man dann entschieden hat, eine 8. Versteigerung zu machen, und zwar unter anderen Voraussetzungen, nämlich jenen, den Betrieb abzubauen und das Gelände zu bonifizieren. Parallel dazu hat es immer wieder Verhandlungen gegeben. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es Ende Juli, Anfang August auch ein Treffen mit einer Firma aus China gegeben hat. Der Landeshauptmann war damals in Urlaub und ich durfte ihn vertreten. Es war eine Stunde Aussprache anberaumt, aber daraus sind drei Stunden geworden. Dieser Betrieb aus China ist nicht irgendein kleiner Betrieb, sondern der weltweit größte Hersteller von Photovoltaikplatten und der weltweit drittgrößte Hersteller von Silanen mit einem Jahresumsatz von 8 Billionen Dollar. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Hier hatte man wirklich den Eindruck, dass konkretes Interesse besteht. Wie gesagt, drei Stunden lang gab es immer wieder Fragen bis dahin, ob sogar die Abfertigung der Bediensteten in der Kalkulation mit dabei sein muss usw. Nach einer Woche hat besagte Firma dann abgesagt, dass sie kein Interesse hätte, diesen Betrieb zu übernehmen. Hier sollte man den Arbeitern jetzt – denke ich – keine neuen Hoffnungen mehr machen, dass man noch irgendjemanden findet, der diesen Betrieb weiterbetreiben will. Unabhängig davon sind die Entscheidungen getroffen worden, nachdem der Zuschlag erteilt worden ist und aufgrund der Ordinanzen des Landeshauptmannes, die er aufgrund eines Landesgesetzes getroffen hat. Bereits im Jahr 2018 haben wir uns in diesem Plenum im Landtag über den Weitergang in Bezug auf Solland Silicon unterhalten. Dort ist festgehalten worden - weil man schon davon ausgehen hat müssen, dass hier ein Weiterbetreiben nicht mehr möglich sein wird -, dass man dann auch ein Szenario festlegt und möglich macht, um dem Ganzen ein Ende zu setzen. Wir wissen, dass uns jeder Tag oben 20.000 Euro kostet. Es geht hier nicht nur um die Sicherheit, für die wir immer garantiert haben, sondern es geht auch um Kosten. Wir haben mittlerweile 20, 25 Millionen Euro ausgegeben. Jetzt muss man auch den Tatsachen ins Auge schauen. Die Verordnungen des Landeshauptmannes sind umzusetzen. Der Öko-Center, deren unbefristete Bedienstete, ehemalige Mitarbeiter oben sind, hat den Auftrag, für den Abbau zu sorgen, und dies ist umzusetzen. Darauf müssen wir natürlich bestehen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente e grazie assessore! Bisogna capirsi se questa è un'isola nella quale vige il principio dell'extraterritorialità per cui qui non valgono i principi del libero sciopero e della possibilità di scioperare in maniera totalmente autonoma, così come previsto dalle norme nazionali, perché questo è quello che chiedevo al presidente Kompatscher – su questo non ho avuto, a dire la verità, una risposta – perché ciò che ha fatto arrabbiare, e moltissimo, le maestranze e i lavoratori della fabbrica è che a fronte di uno sciopero comunicato, noi riteniamo per fondate ragioni e motivi, nel senso la speranza e l'aspettativa che comunque potesse esserci ancora e ci possa essere ancora una possibilità di recupero – mi ascolti assessore – a fronte di uno sciopero dichiarato, di fatto è stato detto ai lavoratori che dovevano lavorare lo stesso. Lei provi a immaginare, di fronte a uno sciopero dei Suoi dipendenti all'assesso-

rato, Lei arriva in ufficio e con il bastone o la frustina sulla scrivania batte i colpi e dice: "ma dove siete? Lavorate! Portatemi le carte, fatemi timbrare!", cioè bisogna capirsi se lo sciopero in Alto Adige è un diritto – i colleghi degli *Arbeitnehmer* dove sono? – lo sciopero in Alto Adige è ancora un diritto oppure no? Oppure c'è la possibilità per il presidente della Provincia di intervenire su maestranze in sciopero e dire che non hanno diritto a fare sciopero e che devono lavorare. Questo è il concetto e lo sciopero, lo ribadisco, era promosso sulla base dell'aspettativa e speranza che potesse esserci la condizione per poter riattivare le procedure di assegnazione.

Concludo dicendo che alla prima domanda non è stata data risposta, perché la prima domanda era: "Ma come si giustificano queste dichiarazioni?", la seconda domanda era: "Si ritiene che comunque, siccome un tavolo era stato istituito dal ministro Di Maio – no prima di lui, il ministro Di Maio non è che fosse molto attento, aveva altro da pensare, poi si è visto, è andato agli Esteri – il tavolo istituito al Ministero, la Provincia ritiene che ci si debba attivare per verificare se quel tavolo al Ministero possa essere sollecitato a verificare ulteriori condizioni? Anche a questa domanda non è stata data risposta. Due su due. Grazie presidente!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 12/10/19 vom 1.10.2019, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle und Knoll, betreffend Josefitag als Feiertag. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Süd-Tiroler Landtag hat mit dem Begehrensantrag Nr. 5/19 unter anderem die Forderung erneuert, dass das Fest des hl. Josef (19. März) in Süd-Tirol wieder als gesetzlicher Feiertag anerkannt wird.

Deshalb stellt die Süd-Tiroler Freiheit folgende Fragen:

1. Welche Initiativen hat die Landesregierung bislang hierzu gesetzt?
2. Inwieweit wurde der Begehrensantrag insgesamt umgesetzt?

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Mit dieser Anfrage seid ihr eigentlich der Zeit schon voraus. Der Begehrensantrag Nr. 5/19 ist hier noch nicht behandelt worden. Also so schnell sind wir auch nicht. Gerade in dieser Angelegenheit wissen wir, dass es nicht so ganz einfach ist. Aber trotzdem zur Beantwortung. Weil das Thema nicht neu ist und wir verschiedene Male verschiedene Begehrensanträge schon genehmigt haben, wissen wir, dass es in der Umsetzung nicht so einfach ist. Es hat auf römischer Ebene verschiedene Initiativen gegeben, indem Gesetzentwürfe eingebracht worden sind, ohne dass es bisher den gewünschten Erfolg gehabt hätte. Es gibt auch noch die Initiative unseres Bischofes, der vorgeschlagen hat, den Pfingstmontag mit dem Josefitag zu tauschen. 1772 ist der Josefitag als Patron des Landes Tirols berufen worden und heute gilt er zum Teil in Tirol als Feiertag für die Landesbediensteten, so wie bei uns, meines Wissens, der Pfingstmontag. Also dies wäre eine Möglichkeit gewesen, die aber auch keine großen Freudensprünge verursacht hat. Jedenfalls zur Sache stehen wir nach wie vor, also wenn es um den Josefitag geht, dass wir entsprechende Initiativen unterstützen werden.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wichtig wäre, dass hier effektiv in der Umsetzung etwas weitergeht, dass dies bald Realität wird. Es gib private oder andere Personen, die dieses Thema bereits seit Jahren verfolgen, weil man es auch traditionell als wichtig anerkennt und auch innerhalb der Familie für wichtig hält. Besonders in der heutigen Zeit sind diese Werte wichtig, dass diese in unseren Familien, in unserer Gesellschaft auch weiterhin im Mittelpunkt stehen und auch weiterhin als Ziel verfolgt werden, dass besonders der familiäre Aspekt als Vatertag, zwischen Kindern und Vätern noch stärker zum Ausdruck kommt. Erst die letzte Woche hat eine Südtiroler Familienzeitung einen Vater mit den vier Kindern getitelt, der als Hausvater zuhause ist, und dies als Zukunftsmodell und als vorbildhaft dargestellt. Auch in diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, wenn man verstärkt schaut, dies für Südtirol umzusetzen, gerade auch für den deutschsprachigen Raum. Wie gesagt wurde, gilt in manchen Gebieten der Josefitag als freier Tag. So sollte es auch für diesen Landesteil von Süd-Tirol sein. Es freut mich sehr, dass unser Landtagspräsident mit Namen Josef auch dieses Anliegen ganz stark unterstützt.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 4/10/19 vom 19.9.2019, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Staffler, betreffend Zweisprachigkeitsnachweis A für Ärzte: In Deutschland genügt der Nachweis B. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): In Germania, a un medico o medica proveniente ad es. dall'Italia, per essere assunto in un ospedale pubblico viene richiesto una conoscenza del tedesco a livello B2, più la conoscenza di un vocabolario tecnico specifico. In provincia di Bolzano, invece, si chiede il patentino A equivalente al livello C1 o C2 del quadro europeo per le lingue. Perché in Germania basta il patentino B, mentre in Sudtirolo è obbligatorio l'A? Sbaglia la Germania, oppure siamo troppo rigidi noi?

Si chiede pertanto:

1. Quanti sono attualmente i medici o le mediche che lavorano nel sistema sanitario pubblico della provincia di Bolzano e sono ancora privi del richiesto attestato di bilinguismo? E quanti di questi hanno invece il patentino B?
2. Quale norma rende in Alto Adige obbligatorio il patentino A per esercitare nel sistema sanitario pubblico?
3. Ritiene la Giunta provinciale che un patentino B, equivalente al livello B2 richiesto in Germania, magari con l'aggiunta di una verifica sul possesso del linguaggio tecnico sanitario, potrebbe essere sufficiente anche da noi?
4. Se la risposta è che è indispensabile il patentino A, perché? Sbaglia allora la Germania?
5. Se invece sarebbe sufficiente il B, più una verifica del vocabolario tecnico, quali azioni sono necessarie per rendere possibile questa soluzione? E cosa intende fare la Giunta?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Kollege Dello Sbarba! Zu den gestellten Fragen wird folgendermaßen geantwortet: Im Südtiroler Sanitätsbetrieb sind derzeit von 1.302 Ärzten/Ärztinnen 240 Ärzte/Ärztinnen angestellt, welche nicht im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises sind. 1 Arzt/Ärztin ist im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises B. Viele Ärzte/Ärztinnen geben diesen Nachweis nicht beim Sanitätsbetrieb ab, da sie die Zweisprachigkeit A benötigen. Es ist noch eine Grauzone. Das ist auch der Grund, warum wir es von 3 auf 5 Jahre verschoben haben. Wir werden aber bald ein Modell vorlegen, wie wir denen wirklich aktiv helfen, damit sie die Sprache erlernen, denn das ist Voraussetzung.

Der Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises ist eine der Voraussetzungen, um in der öffentlichen Verwaltung in Südtirol arbeiten zu können. Die vier vorgesehenen Niveaus C1 (ex Niveau A), B2 (ex Niveau B), B1 (ex Niveau C) e A2 (ex Niveau D) entsprechen der Sprachkenntnis, die aufgrund des Studientitels für die jeweiligen Funktionen in der öffentlichen Verwaltung verlangt werden. Sie fragen nach der gesetzlichen Grundlage, sie kennen sie sicher, aber ich zitiere sie hier: "*Decreto del Presidente della Repubblica 26 luglio 1976, n. 752; norme di attuazione dello statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige in materia di proporzionale negli uffici statali siti nella provincia di Bolzano e di conoscenza delle due lingue nel pubblico impiego.*" Also, das ist im Prinzip eine Urkunde unserer Autonomie, es ist verfassungsmäßig verankert und somit nicht abänderbar. Ganz genau heißt es im Artikel 4: "*Diploma di laurea ovvero livello di competenza C1 del Quadro comune europeo di riferimento per la conoscenza delle lingue.*" Ich zitiere einfach nur den Text und somit wissen Sie die Grundlage.

Die Landesregierung sowie der Sanitätsbetrieb sind stets bemüht, für die Problematik der fehlenden Zweisprachigkeitsnachweise vonseiten der Ärztinnen/Ärzte eine Lösung zu finden. Kürzlich wurde daher eine Arbeitsgruppe eingerichtet, mit der Aufgabe, die verschiedenen Vorschläge zu dieser Problematik zu überprüfen sowie angemessene Lösungsvorschläge auszuarbeiten, wobei wir natürlich an diesem Gesetz hängen, weil es nicht einseitig bzw. irgendwie von uns abänderbar ist.

Sie fragen weiters, ob es Deutschland oder wir falsch machen. Das ist vielleicht eine Fehlinformation.

In Deutschland ist der Besitz des Zertifikats GER-B2 eine erste Voraussetzung für die Zulassung zur Sprachprüfung im medizinischen Bereich (Sprachniveau C1), welche dann für die Erlangung der "Approbation", das heißt die Ermächtigung zur Ausübung des Arztberufes notwendig ist. Das heißt, es braucht genau das gleiche wie bei uns. Sie haben nur eine Erleichterung der Aufnahme, wobei wir das ja auch haben. Einer, der den Nachweis nicht hat, darf 3 Jahre bzw. 5 Jahre die Sprache erlernen. Eigentlich haben wir die gleiche Erleichterung wie sie, mit dem gleichen Endergebnis.

In Österreich hingegen ist die erste Voraussetzung für die Zulassung zur Sprachprüfung der "Österreichischen Ärztekammer" seit 1. Jänner 2019 der Besitz der Zertifikats GER-C1, welches dem Sprachniveau C1 entspricht. Also die Österreicher haben es strenger als wir und die Deutschen geregelt, somit ist das eine Fehlinformation. Niemand macht es falsch, wir machen es gleich.

Zum jetzigen Standpunkt muss ein Arzt/eine Ärztin im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises C1 sein, welcher auf dem Hochschulabschluss bezogen ist. Wir haben diese Übergangsmöglichkeit, dass wir die 240 Ärzte nicht entlassen müssen, aber wir müssen schauen, dass sie möglichst schnell die Sprache lernen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie assessore. Se mi può fornire la copia della risposta, che era vasta e credo interessante.

Lo so qual è, è la norma di attuazione. Una norma di attuazione si può cambiare, questo è chiaro, più facilmente non cambiare lo Statuto, ma la norma di attuazione si può cambiare e il tema che io volevo porre in questa interrogazione è questo: "Ma questa norma di attuazione, che per tutti i posti pubblici fa la corrispondenza – tu hai la laurea quindi devi avere il patentino A cioè il C1 e C2, tu hai il diploma, allora il B, eccetera – , questa astrattezza è ancora qualcosa che può funzionare o è un'astrattezza che blocca il funzionamento del sistema?" Cioè riflettere un attimo se sarebbe possibile individuare livelli di patentino B, per esempio, per una serie di professioni concrete, salvo poi far accedere con il patentino B anche da noi a una prova linguistica che però sia gestita dalla stessa Unità Sanitaria, per esempio, per cui è una prova che si collega al linguaggio tecnico dell'Unità Sanitaria e non è una prova astratta per tutti i mestieri e tutta al massimo livello solo perché quelli sono laureati.

Adesso la logica è, "ti do tre anni, poi si vede che non bastano, allora ti do cinque anni e intanto sei senza patentino", invece chiedere il patentino B intanto come primo accesso a una prova linguistica da collocare però all'interno dell'Unità Sanitaria e non all'esterno astrattamente con un patentino che vale per tutte le professioni e magari in cui un medico va lì, gli viene chiesto qualcosa che con la propria professione non ha niente a che fare.

Il patentino B è abbastanza severo come esame, però è più accessibile da persone che vengono dall'estero.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 16/10/19 vom 1.10.2019, eingebracht von der Abgeordneten Mair, betreffend Zusatzvertrag für Kleinkinderbetreuer. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

MAIR (Die Freiheitlichen): Aus der Pressemitteilung "Kleinkindbetreuung: Vielseitiges Angebot vor Ort festigen" vom Freitag, den 26. September 2019, ist u.a. folgendes Zitat der Landesrätin Deeg zu entnehmen: "Es braucht dringend einen Zusatzvertrag, um Kleinkindbetreuer besser zu entlohnen."

Bei den Kinderbetreuern herrscht bereits ein Personalmangel, da die vertraglichen Löhne nicht den Gegebenheiten Südtirols entsprechen. Die bestehenden Verträge auf staatlicher Ebene können die lokalen Bedürfnisse nicht berücksichtigen und tragen den regionalen Bedingungen und wirtschaftlichen Entwicklungen kaum Rechnung.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wurden die Sozialpartner hinsichtlich des geplanten Zusatzvertrages für Kleinkinderbetreuer bereits in die Verhandlungen und Arbeiten eingebunden? Wenn Nein, aus welchen Gründen nicht?
2. Ab welchem Zeitpunkt soll der angedachte Zusatzvertrag für Kleinkinderbetreuer anwendbar sein?
3. Hat die Landesregierung die notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung des Zusatzvertrages für die Kleinkinderbetreuer bereits vorgesehen? Wenn Ja, wann sollen die Geldmittel zweckgebunden werden?

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Bezug nehmend auf Ihre Anfrage kann ich Folgendes antworten: Grundsätzlich ist die Kleinkindbetreuung im Bereich der Kitaführung ein gutes Beispiel von Zusammenwirken von öffentlich und privat. Das führt auch dazu, dass die Kleinkindbetreuerinnen in den Kindertagesstätten, die von Sozialgenossenschaften geführt werden, im privaten Arbeitsrecht sind, wobei der Kollektivvertrag der Mitarbeiter/Innen für Sozialgenossenschaften anzuwenden ist. Anzuwenden ist der staatliche Kollektivvertrag. Wenn wir und Sie haben absolut Recht, eine Zusatzbezahlung vorsehen möchten, bleibt der einzige Weg, das hat mir erst das zuständige Arbeitsinspektorat auch bestätigt, die Aushandlung eines Landeszusatzkollektivvertrages. Diese Aushandlung des Landeszusatzkollektivvertrages obliegt den Sozialpartnern, heißt konkret den Arbeitgeberverbänden. Das sind bei den Genossenschaften die Genossenschaftsverbände einerseits und die Gewerkschaften andererseits. Natürlich haben wir in der Ausarbeitung sämtlicher Schritte, und wir haben viele getan seit dem Jahr 2014, die Genossenschaftsverbände und die Genossenschaften selbst miteingebunden. Wir haben auch immer wieder Gespräche mit den Gewerkschaftsvertretungen geführt. Ich habe sie eindringlich gebeten, dass sie bitteschön diesen Landeszu-

satzkollektivvertrag endlich angehen mögen, ich verweise auch auf zwei Pressemitteilungen aus dem Jahr 2016 und dem Jahr 2017, damit wir ihn dann in die Akkreditierungskriterien aufnehmen und damit landesweit anwendbar machen können.

Zur Frage, ob wir die finanziellen Mittel vorgesehen haben, gibt es ein eindeutiges Ja. Wir haben zuletzt im Oktober 2018 die Stundensätze, sei es für die Kinderbetreuung im Bereich der Tagesmütter als auch für die Kitas angehoben. Nach Überprüfung der Bilanzen sämtlicher Sozialgenossenschaften, nicht aller, aber der meisten, gesehen, dass sehr wohl die Spielräume gegeben sind. Ich hoffe und vertraue darauf, dass jetzt ein mutiger Schritt in diese Richtung gemacht wird.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke für die Beantwortung! Ich möchte fragen, ob es möglich ist, die Antwort schriftlich ausgehändigt zu bekommen. Wir haben uns ja letzthin vermehrt bzw. verstärkt in diese Thematik eingelebt, einerseits durch die Besichtigung, die Sie uns ermöglicht haben, Frau Landesrätin. Danke nochmals, dass wir diese Realität kennenlernen durften, was Tagesmutter, Kindergarten und Kita anbelangt. Andererseits waren wir auch auf der Tagung, die federführend von Kollegin Rieder und der Opposition organisiert wurde. Hier ist ganz klar herausgekommen, dass natürlich die betroffenen Angestellten hinsichtlich der beruflichen Zukunft Klarheit verlangen. Unterm Strich ist schon ein bisschen der Beigeschmack entstanden, es wird vermehrt nach Strukturen gerufen, aber es darf nicht dabei herauskommen, dass diese Frauen, zum Großteil sind es Frauen, die dort beschäftigt sind, dann unterbezahlt oder fast ausgebeutet werden. Das kann natürlich nicht sein. Ich denke, Sie haben es bereits gesagt, Sie sind diesbezüglich tätig und dass jetzt ein mutiger Schritt gemacht werden soll. Ich glaube, da sind wir alle derselben Meinung. Es stellt sich die Frage, innerhalb welchen Zeitraums das dann auch tatsächlich geschehen kann. Ich bin guter Dinge, wenn alle ein bisschen Druck machen, dass das dann auch beschleunigt werden kann. Ich bitte nochmals um die schriftliche Antwort. Danke.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 19/10/19 vom 2.10.2019, eingebracht von den Abgeordneten Faistnauer, Ploner Alex und Ploner Franz, betreffend Auwald - Rodung Industriezone Brixen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): In der Industriezone Brixen ist einer der letzten Auwälder des mittleren Eisacktales erhalten geblieben. Dieser Auwald, der sich in einem Wasserschutzgebiet Zone I und II befindend, ist an den dominanten Baumarten wie Schwarzerlen und Pappeln erkennbar. Viele weitere Laubbäume und Sträucher bilden diesen dichten Auwald, welcher über das Grundwasser mit dem Eisack in Verbindung steht und bei extremen Hochwassern überflutet wird.

Angrenzend an die Industriezone gilt er als einer der wenigen Brutplätze des Graureihers in Südtirol, als Lebensraum für zahlreiche weitere seltene Vogelarten und als Brutstätte und Rastplatz für Zugvögel. Es konnten insgesamt 64 Vogelarten gezählt werden.

Dies vorweg, richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass es sich bei diesem Waldstück um einen wertvollen und gesetzlich geschützten Lebensraum handelt und dass dieser Auwald im Bewusstsein vieler Menschen ein wertvolles Naturjuwel darstellt?
2. Wie rechtfertigt die Landesregierung eine Rodung des Auwaldes, der als einer der letzten im mittleren Eisacktal gilt?
3. Wie ist die geplante Rodung des Auwaldes mit dem Nachhaltigkeitskonzept ("Pakt für das Südtirol von Morgen"), dem Klimaland-Gedanken und der Bewahrung der Biodiversität, die prioritär für jedes Ressort gelten sollen, vereinbar?
4. Ist der Landesregierung bewusst, dass die verkündete Biodiversitätsstrategie ihre Glaubwürdigkeit verliert, wenn zugleich wertvolle, einzigartige und gesetzlich geschützte Lebensräume vernichtet werden?
5. Wie kann eine Rodung jemals genehmigt werden, wenn das Landesnaturschutzgesetz Nr. 6 aus dem Jahr 2010, im Artikel Nr.16 und folgenden Absätzen die Zerstörung solcher Lebensräume explizit verbietet?

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Ja, der Landesregierung ist bekannt, dass es sich bei diesem Waldstück um einen wertvollen und gesetzlich geschützten Lebensraum handelt und dass es durch das Naturschutzgesetz geschützt ist. Es ist auch bekannt, dass dieser Wald von vielen Menschen geschätzt und auch dementsprechend genutzt wird.

Zur Frage 2: Es gibt noch keinen Antrag um Änderung des Landschaftsplans beim zuständigen Amt für Landschaftsökologie. Folglich liegt weder ein Gutachten der zuständigen Landeskommission für Natur-, Landschafts- und Raumentwicklung vor, noch hat sich die Landesregierung mit der etwaigen geplanten Rodung befasst.

Zu Punkt 3: Die Rodung eines Auwaldes wäre aufgrund seiner ökologischen Wertigkeit in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Nachhaltigkeitskriterien genau abzuwägen, so wie Sie es auch eingebracht haben. Argumente über eine diesbezügliche Gewichtung werden zum gegebenen Zeitpunkt vorliegen. Bisher gibt es, wie aus der vorherigen Antwort hervorgeht, noch keine Begutachtung der zuständigen Fachämter.

Zu Frage 4 gilt im Grunde dasselbe, dass die Biodiversität und die ökologische Wertigkeit auf jeden Fall gegeben sind und dass es dazu noch keinen Antrag und dementsprechend auch keine Bewertung gibt.

Zu Frage 5: Für ein solches Vorhaben wäre, wie gesagt, eine bisher noch nicht beantragte Änderung des Landschaftsplanes notwendig. Zurzeit kann die Rodung nicht genehmigt werden, da jegliche Voraussetzungen dafür fehlen.

FAISTNAUER (Team Köllensperger): Es stellt sich hier wieder einmal die Frage, wann ist der geeignete Zeitpunkt die Öffentlichkeit bzw. die Bürger und Bürgerinnen partizipativ bei Bauleitplanänderungen generell teilhaben zu lassen? Wir kennen die Schritte. Einmal genehmigt der Ausschuss eine Bauleitplanänderung, dann geben die Sozialpartner die Gutachten zu entsprechenden Einwänden ab, dann befindet in Bozen die Kommission für Natur, Landschaft und Raumentwicklung ("KNLR") darüber, dann geht es zurück an den Gemeinderat und schlussendlich liegt der Ball wieder bei der Landesregierung.

Man könnte auch so machen, dass der Bürgermeister eine Kundmachung an die Gemeinde macht. Wer ist daran interessiert, welche Betriebe vor allem? Ob das Tourismusbetriebe oder Gewerbebetriebe sind, auch Wohnbauzonen, die ausgewiesen werden sollen und müssen im öffentlichen Interesse. Dies kundzutun und öffentlich zu präsentieren, damit hier evtl. Einwände schon von vorne herein abgewägt werden und nicht Käufe getätigt werden, wo man nicht weiß, ob es dann schlussendlich umgewidmet wird.

Vor allem habe ich gesehen, neben dem Natur- und landwirtschaftlichen Aspekt ist es für die Bauern und Bäuerinnen der Aspekt, wo Ausgleichsflächen gesucht werden. Ich weiß nicht in welchem Auftrag. Diese entsprechen genau der Größe des Biotops, ca. 2,5 ha, und diese Obstwiesen, zurzeit sind es das, sollen in Auwald "umgewidmet" werden, der dann wieder angepflanzt bzw. renaturiert werden soll. So meine Informationen. Ich habe mit den Bäuerinnen und Bauern gesprochen, die sind alles andere als erfreut. Ich höre, dass zuerst der Preis von ca. 80 € pro Quadratmeter bei Obstwiesen, so werden sie gehandelt, schließlich hier über einige 100 € hinaufgeht, ich will keine Summe nennen. Warum auch immer, wenn jeder den öffentlichen Kaufvertrag, der im Grundbuch einsehbar ist, und die Euros pro Quadratmeter ableiten kann, sieht. Für die Bauern ist das ein Hemmschuh.

Meine zusätzliche Frage ist zum Gefahrenzonenplan, welche Widmung hat das Grundstück zurzeit? Ist es grau, gelb, blau oder rot gewidmet und müssen etwaige Arbeiten gemacht werden?

Ich bitte um die Aushändigung in schriftlicher Form. Danke.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 27/10/19 vom 2.10.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend: Gibt es genug Sozialbetreuer/innen? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): La figura professionale dell'Osa è una figura fondamentale per il funzionamento delle strutture come le case di riposo. Queste figure si occupano di prendersi cura, sul piano dell'assistenza, degli anziani, i quali per i più svariati motivi si trovano a dover vivere in queste strutture ricettive.

In merito a ciò, si interroga l'assessore competente:

- a) Quante figure Osa sono al momento occupate nelle strutture delle case di riposo? Tenendo in considerazione il regolamento provinciale, quante figure professionali di questo tipo mancano per coprire la domanda?
- b) Qual ora ci fosse una mancanza di personale, quale piano ha la Provincia per sopperire a questa mancanza?

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): In den 75 Seniorenwohnheimen (und ich nehme Firmian jetzt aus, weil Firmian vom Sanitätsbetrieb direkt geführt wird) der Provinz Bozen gilt für das Personal der direkten Betreuung folgender Personalschlüssel: 1 Vollzeitäquivalent je 2,55 Betten.

Das Personal für die direkte Betreuung, wie im Beschluss Nr. 1419 aus dem Jahr 2018, Art. 31, Absatz 1 und 2 vorgesehen, muss einem der folgenden Berufsbilder angehören:

- a) Altenpflegerin/Altenpfleger und Familienhelferin/Familienhelfer mit Nachqualifizierung,
- b) Betreuerin/Betreuer für Menschen mit Behinderung mit Nachqualifizierung,
- c) Sozialpädagogin/Sozialpädagoge oder Behindertenerzieherin/Behindertenerzieher (auslaufendes Berufsbild),
- d) Erzieherin/Erzieher,
- e) Sozialbetreuerin/Sozialbetreuer,
- f) Fachkraft für soziale Dienste,
- g) allgemeine Krankenpflegerin/allgemeiner Krankenpfleger (auslaufendes Berufsbild),
- h) Pflegehelferin/Pflegehelfer laut Artikel 37 Absatz.

Das Personal der direkten Betreuung müssen somit nicht zwangsläufig Sozialbetreuer (OSA) sein. Sie sind jedoch Teil jener geforderten Berufsbilder, welche in der direkten Betreuung tätig und in den Seniorenwohnheimen am häufigsten vertreten sind. Im Jahr 2018 gehörten 45% des Personals der direkten Betreuung zum Berufsbild der Sozialbetreuer (das sind 773,80 Vollzeitäquivalente).

Die direkte Betreuung ist in Summe mit den anderen Berufsbildern gesichert, wobei jedoch der Bedarf an Sozialbetreuer in den Seniorenwohnheimen groß ist und es durchaus Schwierigkeiten gibt, geeignete Mitarbeiter zu finden und einzustellen. Das gilt aber insbesondere bei Krankenpfleger/Krankenpflegerinnen. Ich darf Ihnen sage, ich habe mir vor kurzem erst die Pflegesituation in Vorarlberg angeschaut, auch dort sind die einzelnen Berufsbilder im Bereich der Pflege Mangelware.

Nun zu den Strategien, die wir andenken. Einmal geht es darum den Stellenwert sozialer Berufe grundsätzlich anzuerkennen und aufzuwerten. Ich glaube nicht, und ich denke an unsere eigenen Pflegesituation in einigen Jahrzehnten, dass wir Gutes damit tun, indem wir die Qualität nicht durch professionelle Pflege in den Bereichen, wo wir eine Pflege von 24 Stunden brauchen, absichern. Deshalb werden wir uns auf den Weg machen müssen, diese Berufsbilder für junge Menschen attraktiver zu machen. Auch über die Bezahlung der Menschen im Bereich der Pflege werden wir nachdenken müssen. Wir sind in Kontakt mit der Schule Hanna Arent als auch mit der Schule Levinas, weil wir natürlich ein Thema, vor allem in der italienischsprachigen Berufsschule, haben, die müssen sich besonders bemühen, diesen Beruf bei den jungen Menschen bekannter zu machen und auch Schüler und Schülerinnen anwerben zu wollen.

Ich denke grundsätzlich sind die Zielgruppen auf einer Seite die jungen Menschen und andererseits die Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, die nach einer familiären oder anderen Auszeit wieder in den Beruf zurückkehren müssen. Man wird sicher auch mit dem Amt für Weiterbildung vom Kollegen Achammer diskutieren, wie wir diese Menschen zurückholen.

Ich glaube nicht, dass wir den Beruf aufwerten, indem wir an der Qualität und Ausbildung der Mitarbeiter nach unten schrauben. Ich schaue den Kollegen Franz Ploner an, wenn ich einen Primar brauche, hilft es nicht, wenn ich einen anderen anstelle. Ich glaube nicht, dass wir damit der Qualität der Geschichte einen guten Dienst erweisen.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Io ringrazio l'assessora, perché dà un flusso di informazioni notevolissimo, perciò se fosse possibile avere uno scritto che ha letto la parte iniziale della mia prima parte dell'interrogazione, la ringrazierei.

Dall'altra parte, sulla strategia che dovrebbe essere attuata per andare a incentivare l'offerta per quanto riguarda la questione di queste figure professionali, ritengo che sia fondamentale spingere ulteriormente, cercando anche di individuare un periodo di transizione in questa situazione, perché la mancanza, almeno dai dati che ho io, è notevole. Grazie!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 8/10/19 vom 27.9.2019, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa e Staffler, betreffend Brandschutzdienst am Flughafen Bozen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Fino a che la società ABD era proprietà pubblica della Provincia, i costi de servizi antincendio all'aeroporto di Bolzano erano posti a carico della Provincia. Con la cessione di ABD ai privati, tale regime gratuito dovrebbe cessare e i servizi antincendio dovrebbero essere messi a carico della società privata di gestione ABD Holding. Ricordiamo che per questo servizio nel periodo 1999-2014 la Provincia ha avuto costi per € 20.061.144. Il costo annuale del 2014 fu di € 1.470.607.

Si chiede pertanto:

1. Con la cessione di ABD ai privati, come viene regolata la questione dei servizi antincendio? Da chi verranno svolti? I costi saranno ancora a carico della Provincia, oppure messi a carico della società privata di gestione aeroportuale?
2. Se verranno ancora messi a carico della Provincia, in base a quale normativa? Non era scritto nel bando di gara che tali servizi passavano a carico della società di gestione?
3. Se invece saranno a carico dei privati, da quanto ciò è avvenuto o avverrà?
4. A quanto sono ammontate negli anni 2015, 2016, 2017 e 2018 le spese annuali a carico della Provincia per garantire il servizio antincendio all'aeroporto di Bolzano?

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Zu Frage Nr. 1: Momentan ist es so geregelt, und es ist inzwischen auch kommuniziert worden, dass wir im Jahre 2017 eine Vereinbarung zwischen der Agentur Bevölkerungsschutz und der Agentur ABD Airport in Bezug auf diesen Brandschutzdienst abgeschlossen haben. Es ist auch genau festgehalten worden, wie hoch die Kosten sind, und zwar wurden die Kosten in diesem Abkommen mit 917.757,54 Euro beziffert. Es wurde damals auch festgelegt, dass solange das Land Mehrheitseigentümer dieser Gesellschaft ist, dies nicht verrechnet wird, weil ansonsten hätte man das Geld ja nur hin- und hergeschoben, aber sobald es nicht mehr so sein wird, und das ist inzwischen der Fall, gehen die Kosten zu Lasten der ABD Airport bzw. zu Lasten der neuen Besitzer. Damit ist das geklärt und somit erübrigt sich die Beantwortung der Fragen Nr. 2 und 3.

In Bezug auf die Antwort 4, auch hier noch einmal unterstrichen, wir haben diese Ausgaben seit 2017 mit diesen 917.000 Euro beziffert. Die Berechnung ist so gemacht worden, dass man davon ausgegangen ist, dass die Brandschutzkategorie 5 bleibt, sollte sich hier etwas ändern, dann sind die Kosten entsprechend anzupassen. Sollten die neuen Betreiber andere Formen finden, dann wird auch neu zu verhandeln sein. Zurzeit ist es so, dass es dieses Abkommen gibt und dass dieses Abkommen auch umgesetzt wird, d.h. die neuen Betreiber haben die entsprechenden Spesen zu zahlen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie assessore! Anche a Lei chiederai una copia della risposta e farei un paio di domande.

La prima è questa: "Se ho capito bene, assessore, in questo momento pagano i privati? Già in questo momento?"

Secondo punto: se ho capito bene, pagano i privati in base all'*Abkommen* con la Protezione civile, eccetera. Se Lei mi dice che tutto ciò è vero, la domanda è questa: "Quale *Spielraum* hanno i privati di trovare altre soluzioni? Il servizio antincendio all'aeroporto può essere affidato a qualcun altro rispetto alla Protezione civile? A chi e quali condizioni deve avere per garantire un servizio veramente affidabile? Quali sono i margini di cambiamento che i privati hanno in questo settore e che condizioni devono rispettare?"

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Also der jeweilige Betreiber hat die Vorschriften einzuhalten, die aufgrund dieser Brandschutzkategorie vorgesehen sind. In diesem Fall werden sie von der Berufsfeuerwehr garantiert, aber es gibt auch andere Formen, die man hier finden kann. Es hängt auch davor ab, ob es in dieser Brandschutzkategorie bleibt. Das muss dann geklärt werden. Jedenfalls sind zurzeit die Bedingungen diese, die ich vorhin genannt habe, dass mit den Tagen der Übertragung der Mehrheit der Gesellschaft dieser Betrag fällig wird, solange sich die Voraussetzungen nicht ändern. Die sind dann entsprechend zu bewerten, wenn sie vorgelegt werden, ob sie so akzeptiert werden.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 6/10/19 vom 23.9.2019, eingebracht vom Abgeordneten Locher, betreffend Herkunftsland der verwendeten Lebensmittel in den öffentlichen Einrichtungen unseres Landes. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LOCHER (SVP): Durch den Konsum lokaler Lebensmittel in den öffentlichen Einrichtungen unseres Landes hat das Land einen enormen Einfluss auf die lokale Wirtschaft und kann so einheimische Produzenten bei der Herstellung regionaler Produkte unterstützen und die Zukunft dieser garantieren. Jedoch landen auf unseren Tellern immer noch zu wenig einheimische Produkte, diese aber sehr wohl verfügbar wären.

Regionale Produkte sind meist nährstoffreicher und günstiger als jene importierten, können gegebenenfalls verpackungsfrei geliefert werden und belasten die Umwelt weniger durch kürzerer Transportzeiten und Transportstrecken.

Somit ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Aus welchem Herkunftsland stammen Milch, Käse, Butter, Eier und Fleisch in folgenden öffentlichen Einrichtungen?
 - Krankenhaus Bozen
 - Krankenhaus Meran
 - Krankenhaus Brixen
 - Krankenhaus Sterzing
 - Krankenhaus Bruneck
2. Welche durchschnittliche Transportstrecke in km und Transportzeit in Tagen ergeben sich daraus mit Berücksichtigung oben aufgelisteter Lebensmittel?

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Diese Fragen zu beantworten, brauche ich fast eine Doktorarbeit eines Studenten/einer Studentin. Das ist sehr komplex. Ich werde auch begründen warum. Man muss vorausschicken, dass die Agentur für öffentliche Verträge auf Grundlage des Beschlusses Nr. 1333 vom 5. Dezember 2012 eine vierjährige Konvention abgeschlossen hat betreffend die Lebensmittel, mit Ausnahme von Brot. Brot wird ausnahmslos heute schon hier lokal eingekauft. Diese Konvention ist mit den größten stakeholder der Provinz abgeschlossen worden, Sanitätsbetrieb, Schulen, Bezirksgemeinschaften und der Gemeinde Bozen. In Erwartung dieser Konvention ist es heute so, das ist Fakt, dass jeder Gesundheitsbezirk separate Verträge abgeschlossen hat. Es ist so, dass es nicht nur einzelne Produktkategorien gibt, sondern dass z.B. beim Käse die einzelnen Gesundheitsbetriebe unterschiedliche Käsesorten hier eingekauft haben. Wie vorhin gesagt, es wäre ein riesen Aufwand und fast ein Ding der Unmöglichkeit, das zu erheben und es wäre ein enormer Zeitaufwand und ein enormer Aufwand an Bürokratie, so wie sich die heutige Situation darstellt. Hier muss der Ansatz sein, dass man künftig Lösungen findet, wie du auch richtig sagst, die regionalen Kreisläufe zu stärken. Hier aber die Erhebungen zu machen, wie viele Kilometer die bisherigen Produkte hinter sich gebracht haben, ist vom Aufwand her nicht zu bewältigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auch der Landeshauptmann in Brüssel eine Initiative gestartet hat, in enger Absprache mit der europäischen Konvention, nämlich dahingehend, dass man bei den Ausschreibungen künftig in Mensen, Schulen, Krankenhäusern die regionalen Lebensmittel, soweit vorhanden, als Vorzugskriterium eingebaut werden können.

LOCHER (SVP): Ich hätte mir in jedem Fall eine Antwort erwartet. Es wäre ganz einfach, den Küchenchef zu fragen, die fünf aufgelisteten Lebensmittel auf eine Liste zu bringen und dem Landtag zu senden. Ich glaube es ist klar, dass wir als Abgeordnete auch das Recht haben, das zu wissen. Das wird mit öffentlichen Geldern bezahlt. Wir brauchen keine Studien und kein Doktorat erstellen, wir müssen nur nachfragen, welche Lebensmittel derzeit in der Küche vorhanden sind. Ganz einfach! Das wäre mit fünf Schreiben erledigt: Bozen, Meran, Brixen, Sterzing, Bruneck. Wenn wir das machen können, dann machen wir das als Abgeordnete. Es ist ganz einfach. Das ist keine Antwort und bei dem möchte ich es auch belassen. Also ich habe die Frage gestellt, aber keine Antwort bekommen.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 13/10/19 vom 1.10.2019, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle, betreffend Zusammenschluss des Tiroler Stromnetzes. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Seit Jahren ist von einem Zusammenschluss der Stromleitungen am Brenner die Rede. Die grenzüberschreitende Stromverbindung wurde bekanntlich nach den Anschlägen 1961 unterbrochen. Ein Zusammenschluss wurde vor drei Jahren für 2018 bzw. spätestens Frühjahr 2019 angekündigt.

Deshalb stellt die Süd-Tiroler Freiheit folgende Fragen:

1. Wann wird die grenzüberschreitende Stromverbindung am Brenner realisiert werden?
2. Warum konnte der sogenannte Zusammenschluss des Stromnetzes bislang noch nicht umgesetzt werden?
3. Welche baulichen bzw. gesetzlichen Maßnahmen müssen dafür dies- und jenseits des Brenners noch getroffen werden?
4. Wird auch am Reschenpass ein Zusammenschluss des Stromnetzes realisiert? Wie ist dort der Stand der Arbeiten?

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Il collegamento transfrontaliero attraverso il passo del Brennero collegherà le stazioni elettriche di Prati di Vizze e Steinach sfruttando una struttura elettrica realizzata diversi anni or sono. Attualmente esercita sul lato italiano in media tensione, quindi a 132 kV, tramite accordi con le linee Terna, mentre 110 kV per quanto riguarda il lato austriaco, si è reso quindi necessario provvedere all'installazione di un trasformatore che trasformi la tensione 132 a 110 kV.

I lavori di manutenzione eseguiti da Terna hanno ripristinato le funzionalità dell'infrastruttura. Per poter interconnettere quindi le due reti a tensione differente è stato necessario trovare un accordo con il fornitore austriaco, soprattutto in merito a dove localizzare il trasformatore per accoppiare i due sistemi.

La futura cabina primaria di Brennero, di proprietà Edyna, è realizzata adiacente alla stazione 132/110 kV di Brennero, quindi il trasformatore verrà messo vicino alla stazione di Brennero.

La nuova stazione elettrica del Brennero è stata autorizzata nel 2016 assieme ai raccordi e alla linea Prati di Vizze-Steinach, i lavori di realizzazione dei raccordi sono stati completati, mentre quelli di stazione sono in fase avanzata.

Terna prevede delle entrate in esercizio parziali per garantire la corretta continuità del servizio:

- dicembre 2019 il tratto 132 kV Prati di Vizze-Brennero
- marzo/maggio 2020 il tratto 110 kV Brennero-Steinach
- entro novembre/dicembre 2020 i lavori in territorio austriaco con la piena funzionalità del collegamento.

Si conferma che è previsto un nuovo elettrodotto di 220 kV di interconnessione tra Italia e Austria in cavo interrato attraverso il Passo Resia che collegherà le stazioni di Glorenza e Nauders. Terna prevede di aprire i cantieri nel 2020 e di terminare i lavori nel 2022.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Keine Replik, keine Zusatzfragen, nur die Bitte um die Aushändigung des Textes.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 20/10/19 vom 2.10.2019 eingebracht von den Abgeordneten Ploner Franz, Faistnauer, Köllensperger, Ploner Alex und Rieder, betreffend Geburtsstation Krankenhaus Sterzing. Ich er suche um Verlesung der Anfrage.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Im November 2016 wurde die Geburtenstation des Krankenhauses Sterzing durch Beschluss der Südtiroler Landesregierung geschlossen. Die Schließung der Geburtenstation erfolgte trotz 24 Stunden Garantie der von der Staaten-Regionen Konferenz vom Jahre 2010 geforderten vier Berufsbilder (Geburtshelfer, Gynäkologen, Anästhesisten und Pädiater).

Grund zur Schließung waren die angebliche Verbesserung der Qualität des Geburtsprozesses durch die Zentralisierungsmaßnahmen, die Reduktion der Kaiserschnitttrate auf ein Niveau unter 20% wie von der Staaten-Regionen-Konferenz von 2010 und der WHO gewünscht und die Absenkung der Kosten pro Geburt.

Dies vorweg, richten wir folgende Fragen

an die Südtiroler Landesregierung

1. Wie viel Geld wurde im Krankenhaus Sterzing durch die Schließung der funktionierenden Geburtenstation in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 eingespart?
2. Welche Kosten fielen für die Geburtenstation im Krankenhaus Brixen in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 zusätzlich an? Wie hoch sind die Gesamtkosten der Geburtenstation im KH Brixen in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018?
3. Wie viel Personal war in der gynäkologisch – geburtshilflichen Abteilung des Krankenhauses Sterzing in den Jahren 2011 bis 2016 und in den Jahren 2016, 2017 und 2018 aufgeteilt nach Berufsgruppen (Ärzte, Hebammen, Pflegepersonal und OTA) angestellt?

4. Wie viel Personal aufgeteilt nach Berufsgruppen war in der gynäkologisch – geburtshilflichen Abteilung des Krankenhauses Brixen in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 tätig?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen, wertere Kollege Ploner! Zuerst einmal vielleicht eine Feststellung: Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass das eine oder andere an Anfragen nicht rechtzeitig schriftlich zurückkommt. Auf der anderen Seite muss ich auch sagen, wenn Sie solch komplexe Anfragen stellen, sieht man einfach, dass Sie jahrelang in diesem Bereich gearbeitet haben. Sie wissen, was es alles zu fragen gilt und was interessant ist. Die Beantwortung so einer Anfrage, wie Sie sie heute gestellt haben, beschäftigt wirklich mehrere Menschen einige Tage lang. Sie müssen relativ stark recherchieren, damit sie es schaffen, innerhalb der wenigen Tage darauf zu antworten. Ich versuche dies jetzt auszuführen. Danach leite ich Ihnen die Antwort natürlich schriftlich weiter. Es ist vor allem für jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu honorieren, die es vorbereiten.

Frage 1: "Wie viel Geld wurde im Krankenhaus Sterzing durch die Schließung der funktionierenden Geburtenstation in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 eingespart?" Das Jahr 2019 kann ich Ihnen noch nicht nennen, da es noch nicht fertig ist. Im Jahr 2016 waren es circa 170.000 Euro, im Jahr 2017 1.126.000 Euro und im Jahr 2018 1.136.000 Euro.

Die Ausgabensituation der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung im ersten Halbjahreszeitraum Januar – Juni 2019 betrug 960.000 Euro. Mit dieser Ausgabe liegt man – unter der Annahme einer linearen Fortschreibung des Konsumverhaltens wie auch der Personaldotierung im zweiten Halbjahr 2019 – geringfügig über den Ausgaben der Vorjahre.

Zu Frage 2: Vorausgeschickt, dass die Geburtenstation am Krankenhaus Sterzing bis zum 31. Oktober 2016 betrieben worden ist, sind im Jahr 2015 noch keine zusätzlichen Kosten angefallen. Der Mehrkostenbedarf in den Jahren 2016 bis inklusive 2018 betrug im Jahr 2016 168.000 Euro, im Jahr 2017 1.072.000 Euro und im Jahr 2018 1.130.000 Euro.

Zur Frage 3, wie viele Personen waren, würde ich vorschlagen, dass ich Ihnen die Tabelle aushändige, weil es eine recht breite, hohe und weite Tabelle ist. Ich glaube, dass es wenig Sinn hat, wenn ich Ihnen das jetzt alles vorlese. Ich lese Ihnen jetzt nur ein Beispiel vor. Im Berufsbild Arzt/Ärztin waren es 2011 4,2, 2012 3,95, 2013 4,73, 2014 4,29, 2015 5,12, 2016 5,59, 2017 4,03 und 2018 4,29 Personen. Das ist jetzt nur ein Berufsbild, es gibt natürlich viele verschiedene. Deswegen ist es besser, wenn ich Ihnen diese Tabelle aushändige.

Der Beschäftigungsstand auf der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung des Krankenhauses Brixen in den Jahren 2015 bis 2018 und auf Jahresdurchschnittsbasis betrug beim Berufsbild Arzt/Ärztin 2015 9,76, 2016 10,94, 2017 12,18 und 2018 11,75. Auch hier kann ich Ihnen die Tabelle dann aushändigen.

PLONER Franz (Team Köllensperger): Normalerweise kann jedes Controlling - und wir haben in allen Bezirken Controlling-Abteilungen, dafür habe ich zu lange im Krankenhaus gearbeitet – im Nu ihre normalen Werte mitteilen. Das ist möglich und das dauert nicht so lange, das ist machbar. Es hängt immer davon ab, ob das Controlling funktioniert oder nicht.

Ich möchte nicht mehr weiter replizieren, ich warte auf die Aushändigung Ihrer Daten, die ich dann studieren werde. Danke!

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 28/10/19 vom 2.10.2019, eingebracht von der Abgeordneten Mair, betreffend: Italiens Bildungsminister will Kreuze aus Schulklassen entfernen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

MAIR (Die Freiheitlichen): Laut unterschiedlichen Medienberichten soll sich der italienische Bildungsminister Lorenzo Fioramonti, welcher der Fünf Sterne-Bewegung angehört, für die Entfernung der Kreuze aus allen Schulklassen ausgesprochen haben. Anstatt der Kreuzfixe sollten stattdessen Weltkarten mit Auszügen aus der italienischen Verfassung an den Wänden der Schulklassen angebracht werden.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Würden bei einer entsprechenden gesetzlichen Initiative seitens der römischen Regierung auch die Kreuze in den Südtiroler Schulklassen abgenommen?
2. Welche Möglichkeiten der Schulautonomie lassen sich ausschöpfen, um das Kreuz in den Schulklassen zu wahren?

3. Würde auch für die Südtiroler Schulen die Pflicht bestehen Weltkarten mit Auszügen der italienischen Verfassung in den Schulklassen anzubringen? Wenn Ja, mit welcher Begründung?

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Zu den drei Fragen. Natürlich ist es nicht so einfach zu beantworten, nachdem man nicht weiß, mit welcher Norm das eventuell passieren würde. Die derzeitige Bestimmung zum Anbringen des Kruzifixes, es ist noch ein königliches Dekret von 1924, sieht vor, dass in sämtlichen öffentlichen Gebäuden ein Kreuz angebracht sein muss. Der Südtiroler Landtag hat sich auch x-mal dafür ausgesprochen. Erstmals 2004, dann hat es Rundschreiben der Schulamtsleiter gegeben, letztmals haben wir uns am 8. März 2017 mit dieser Frage befasst. Sollte der Staat also dieses königliche Dekret außer Kraft setzen, dann wäre die Frage, ob es als Grundsatz der Schulordnung eingestuft wird, dass Südtirol sich danach halten muss oder nicht.

Zu Frage 2: Auch hier dieselbe Antwort. Wenn es gemacht würde, müsste man zuerst werten, welche Norm es ist. Ist es als Grundsatz einzuordnen? Müssen wir uns, weil es als Grundsatz eingeordnet wird, danach halten oder gelten hier beispielsweise die Schulbaurichtlinien?

Auch zu Frage 3 dieselbe Antwort. Man müsste erst feststellen, ob es mit Dekret gemacht wird, ob es per Gesetz erfolgen würde. Je nachdem welche Rechtsnorm angewandt wird, lassen sich dann die Möglichkeiten unserer Kompetenz davon ableiten.

MAIR (Die Freiheitlichen): Wenn wir davon ausgehen, dass es gesetzlich festgeschrieben wird, dann ergibt sich die Zusatzfrage: Kann sich Südtirol diesbezüglich verwehren? Reicht diesbezüglich unsere Schulautonomie aus? Sie haben natürlich Recht, nichts Genaues weiß man nicht. Aber man kann es ja vielleicht durchspielen.

Als Zusatzfrage: Wenn dieses königliche Dekret außer Kraft gesetzt wird und ein eigenes Gesetz gemacht wird, reicht unsere Autonomie? Ihre Stellungnahme diesbezüglich war ja sehr eindeutig als Parteiobmann. Gilt diese auch für die Landesregierung?

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Für die Landesregierung gilt das, auch wenn sie in anderer Zusammensetzung ist, als in der letzten Amtszeit. Das was wir im Südtiroler Landtag entsprechend beschlossen haben, mehrmals, 2004 und 2017, daran halten wir uns selbstverständlich und auch an die entsprechenden Rundschreiben der Schulamtsleiter, die in dieser Frage ergangen sind. Auch wenn es gesetzlich gemacht würde, ist es noch nicht so eindeutig im Vorfeld zu sagen. Unsere konkurrierende sekundäre Gesetzgebungsbefugnis im Schulbereich sagt ja, wenn es sich um einen Grundsatz der Schulordnung handelt, dann müssen wir reagieren, andernfalls genügt unsere autonome Regelung. Auch hier müsste man dementsprechend anschauen, ob es ein Grundsatz der Schulordnung ist. Wenn es so gemacht wird, dann können wir immer noch nach 6 Monaten eine eigene Bestimmung verabschieden auf derselben Ebene der Landesgesetze. Dann müsste die Regierung sozusagen werten, ob das im Einklang mit den staatlichen Bestimmungen ist oder angefochten wird. Es ist schwer, dies so eindeutig zu beantworten. Wir würden aber in jedem Falle, das vertreten, was wir auch bisher als Landesregierung immer vertreten haben. Das kann ich zusichern.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 9/10/19 vom 27.9.2019, eingebracht von den Abgeordneten Staffler, Dello Sbarba und Foppa, betreffend Erhalt der Artenvielfalt auf den Bergwiesen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Laut ihrer Antwort auf unsere Anfrage zur Aktuellen Fragestunde Nr.37 ist der Landesregierung bekannt, dass auf den Arluwiesen in der Gemeinde Graun nach Naturschutzgesetz vollkommen geschützte Pflanzenarten vorkommen. Ebenso bekannt ist der Landesrätin, dass eine wiederholte Düngung mit unverdünnter Gülle negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt von Bergwiesen hat: Werden mehr Nährstoffe eingebracht als entnommen, verändert sich der Standort von artenreichen Bergwiesen wesentlich und ist somit kein geeigneter Lebensraum für geschützte Pflanzenarten.

Laut Naturschutzgesetz ist es verboten, den Standort vollkommen geschützter, wildwachsender Pflanzen so zu verändern, dass ihr Fortbestand gefährdet oder beeinträchtigt wird.

Daher richten wir folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Warum lässt die Landesregierung die wiederholte Düngung von artenreichen Bergwiesen mit vollkommen geschützten Pflanzenarten zu, obwohl die Standortveränderung vom Naturschutzgesetz verboten ist?
2. Wie will die Landesregierung die vom Naturschutzgesetz vorgeschriebene Aufsicht und Kontrolle gewährleisten, damit vollkommen geschützte Pflanzenarten erhalten bleiben und nicht durch falsche Düngung zerstört werden?
3. Welche Verwaltungsstrafe muss die Landesregierung wegen der offensichtlichen Verletzung des Naturschutzgesetzes im Fall der Arluwiesen in der Gemeinde Graun verhängen?

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Ich habe mir die Antwort, die auch in den Ämtern vorbereitet wurde, jetzt zum wiederholten Male durchgelesen. Ich habe zwei verschiedene Antwortmöglichkeiten. Wahrscheinlich sind sie mit denen nicht ganz zufrieden. Ich würde vorschlagen, dass wir Ihnen eine schriftliche Antwort zukommen lassen. Passt das für Sie? Ansonsten antworte ich so, wie ich es hier vorbereitet habe.

Der Stand der Dinge ist der, dass es eigentlich vonseiten der Forstbehörde die Kontrolle braucht, um das zu erreichen. Da ist die Zuständigkeit vom Amt für Landschaftsökologie gefragt. Ganz konkret aber vor Ort, wer kontrolliert und wer schaut, wenn zum wiederholten Male Düngung ausgebracht wurde, ob effektiv diese Artenvielfalt zurückgeht oder ob sie verschwindet? Das kann in zwei Düngungen praktisch nicht nachgewiesen werden.

Des Weiteren die Zuständigkeit was das Naturschutzgesetz anbelangt, natürlich die Erhebung der Bestimmungen für die geschützten Pflanzenarten, auch das wäre zu machen. Das gibt es nicht, auf diesen Wiesen die Erhebungen der Bestimmungen. Deshalb ist es sehr schwierig, Ihnen eine zufriedenstellende Antwort zu geben. Ich kann es so lassen, wie ich es vorbereitet habe, ansonsten würde ich es noch einmal überarbeiten und auf Ihre konkreten Fragen eingehen.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Frau Landesrätin, für die kurze Einführung, mehr war das nicht. Wenn Sie meinen, Sie möchte die Antwort vorbereiten, herzlichen Dank. Ich freue mich natürlich auf eine Stellungnahme Ihrerseits. Ich habe aus Ihrer Bemerkung schon abgeleitet, dass Sie sich in einer Dilemmasituation befinden. Wir haben hier offensichtlich, wenn man es ganz konkret sagen möchte, eine Verletzung des Gesetzes, aber niemand schaut hin. Hier gibt es ein Dilemma, auf das Sie offensichtlich nicht eingehen können, weil auch die Ämter nicht wissen, wie sie mit dem umgehen müssen. Das Naturschutzgesetz ist relativ klar, das haben Sie auch in Ihrer ersten Stellungnahme bestätigt. Sie haben gesagt, Düngung und vor allem Gülledüngung verändert in der Tat den Pflanzenbestand. Wenn geschützte Pflanzen vorkommen und die verschwinden, ist das gegen das Gesetz. Laut Gesetz ist das verboten. Offensichtlich gibt es hier noch sehr viel Handlungsbedarf.

Ich bedanke mich im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen. Wir werden das Thema aber sicherlich noch mehrmals behandeln müssen, weil hier einiges im Magen liegt. Danke.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 14/10/19 vom 1.10.2019, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Atz Tammerle, betreffend Magnetresonanz in Bozen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wer im Krankenhaus Bozen eine Magnetresonanz durchführen lässt, findet dort Informationsschriften in italienischer, englischer und sogar arabischer Sprache. Das einzige was man dort vergeblich sucht, sind Informationen in deutscher Sprache.

Die Gefertigten stellen daher die

Anfrage:

1. Wie erklärt die Landesregierung diesen x-ten "Einzelfall" bei dem der Gebrauch der deutschen Sprache im Süd-Tiroler Gesundheitswesen missachtet wird.?
2. Wer hat die Anbringung dieser Informationsschilder im Krankenhaus Bozen veranlasst? → Bitte um vollständigen Namen und Dienstfunktion im Spital.
3. Warum wurde wieder einmal die deutsche Sprache missachtet?
4. Wird die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass die Informationen auch in deutscher Sprache angebracht werden?

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP): Sie haben mich das schon oft gefragt, zu Recht. bei den Beipackzetteln wird es oft nicht respektiert und da muss man wirklich vorsichtig sein und dem nachgehen. Ich bin dankbar für jede Anregung. In diesem Fall sind Sie nicht ganz korrekt informiert worden. Wir sind schauen gegangen. Die Informationen über den Sanitätsbetrieb liegen alle in deutscher und in italienischer Sprache vor. Das was Sie nicht versehen können, arabische Schriften, usw., das ist das Ergebnis einer Kunstwerkeausstellung, die am Ende einer Ausstellung über Multiethnizität dem Krankenhaus gespendet wurden. Dies sind Tafeln mit Gedichten, die in der Sprache des Dichters geschrieben sind.

Ich habe am Anfang gesagt, nein, das gibt es nicht. Dann hat jemand persönlich vor Ort kontrolliert. Die Informationen sind in Ordnung. Es stimmt, manchmal ist es nicht in Ordnung, aber hier, ich habe mir die Unterlagen geben lassen, das sind Gedichte, teilweise in englischer, in arabischer, in italienischer Sprache, die dem Spital geschenkt und dann aufgehängt worden sind. Also in diesem Fall ist es nicht ganz so, wie Sie es gesagt haben. Trotzdem weiß ich, auch aus anderen Informationen, dass es stimmt, was Sie auch immer wieder nachfragen, und dort müssen wir nachbessern, damit die Informationen zumindest in zwei Landessprachen vorliegen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich glaube, es ist ein Missverständnis entstanden. Man muss hier zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine sind diese Kunstinstallationen, die sind, wie Sie gesagt haben, gespendet und so gebracht worden. Es ist zwar schon auch bezeichnend, dass alle Sprachen vertreten sind nur nicht die deutsche. Das muss auch gesagt werden.

Es geht hier aber um etwas anderes. Es geht hier um die Magnetresonanz. Sie erinnern sich, es hat hier schon eine Polemik gegeben, weil die Informationsschriften auf den Magnetresonanzen selbst ursprünglich nur in deutscher Schrift drauf waren und dann veranlasst wurde, dass die wegkommen. Die sind jetzt weg. Es gibt jetzt keine Informationsschriften mehr auf den Magnetresonanzen in deutscher Sprache.

Ich präzisiere diese Anfrage und stelle es noch einmal klar, dann können wir es im Detail regeln, es geht mir nur darum darauf hinzuweisen, dass sowohl bei dieser Angelegenheit wieder einmal die deutsche Sprache fehlt als auch bei diesen ominösen Tafeln auf den Magnetresonanzen selber, wo eben ursprünglich alles in deutscher Sprache war. Das ist auch nicht richtig, es soll auch auf italienischer Sprache im Krankenhaus Bozen geschrieben sein. Nur dass die Lösung jetzt die ist, dass das Deutsche entfernt wird, und dass es jetzt in deutscher Sprache gar nicht mehr vorhanden ist, das ist nicht nur keine Lösung, sondern die schlechteste aller Lösungen. Ich werde dazu noch einmal eine gesonderte Anfrage einreichen.

PRÄSIDENT: Anfrage Nr. 29/10/19 vom 2.10.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend freie Software. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Nei giorni scorsi si è appreso attraverso la carta stampata dell'intenzione di tornare al sistema operativo Microsoft nelle scuole di lingua italiana.

In merito a ciò si interroga l'assessore competente:

- a) Perché nonostante i molti riconoscimenti internazionali ottenuti attraverso l'adozione del software libero che hanno portato l'Alto Adige ad essere una delle realtà più avanzate in questo campo, si decide di cambiare e tornare a Microsoft?
- b) Ipotizziamo il cambio di software, considerando i costi della licenza e della necessità di cambiare l'hardware, i pro sono maggiori dei contro?
- c) Dopo oltre 10 anni di sperimentazione e sviluppo del software libero, perché in Provincia non sono presenti abbastanza tecnici? E perché non è stato investito maggiormente in professionalità che potessero sopperire al problema dei programmi che sul software libero non girano?
- d) Visto che Microsoft viene già utilizzato nella pubblica amministrazione, è possibile avere una stima del costo del passaggio a tale software nelle scuole?
- e) Il recente questionario distribuito agli insegnanti è stato realizzato perseguendo la massima imparzialità sul tema?

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente! In realtà quello che emerge dal giornale, cioè che si passa a *Microsoft*, non è vero, stiamo facendo un'analisi, nessuno ha deciso di passare – giusto per puntualizzare.

Nei primi 6/7 mesi ho incontrato tutti i protagonisti del mondo della scuola e questo mi ha permesso di capire alcune problematiche, tra cui anche la parte informatica. Ci sono stati degli insegnanti che mi hanno segnalato a più riprese che con la piattaforma libera non riescono a lavorare. Io ho approfondito, molte volte erano problemi di connessione con la stampante o di internet e molte volte invece sono dei CD – non voglio citare il nome – di alcune strutture pedagogiche che servono per l'assistenza ai ragazzi che hanno difficoltà di apprendimento, per non fare il nome dell'azienda, che non girano e devono lavorare su *Microsoft*.

Gli insegnanti mi dicono di essere costretti a lavorare a casa per utilizzare la piattaforma *Microsoft*.

Premesso che i PC sono già tutti preinstallati in *Microsoft*, nella materia informatica siamo fondamentalmente etichettati, perché questa è la verità, cioè nasciamo con questo, quindi forse è anche la comodità, non lo metto in dubbio. Ho iniziato a fare dei ragionamenti, pur capendo la piattaforma libera e tutti i principi che ci sono dietro, ha instaurato un tavolo tecnico – dopo rispondo alle domande era giusto per farLe il piano corretto di azione – e ho fatto un sondaggio, che non è un *referendum* è un sondaggio, nel senso che abbiamo mandato più di 2.400 domande a tutti i protagonisti, che sono dirigenti, insegnanti e anche studenti, dove chiediamo fondamentalmente come preferiscono lavorare: piattaforma libera, quindi FUSS, *Microsoft*, c'è chi ha citato anche iOS, quindi Apple, oppure *Dual boot*, quindi o FUSS o *Microsoft*.

Io adesso sto ricevendo i dati perché il sondaggio è finito ieri e quindi faremo delle analisi, non è l'unico elemento di scelta, è un elemento che servirà poi al tavolo tecnico per decidere.

Ho fatto la premessa e adesso rispondo alle domande. La finalità ideale che ci si era riproposti con il progetto FUSS era soprattutto di svincolare la scuola pubblica dai vincoli imposti dalle logiche di mercato che impongono i pesanti oneri delle licenze a livello educativo e istruttivo, e di dare un esempio o un modello educativo su come si possano introdurre non solo forme di risparmio, ma anche nuove possibilità di sviluppo indipendenti e svincolate da strutture private esterne all'amministrazione.

Che FUSS abbia ottenuto a maggio dall'ONU un riconoscimento come uno dei migliori progetti di sostenibilità digitale per la scuola a livello europeo, è un segno di quanta fatica e di quanti sforzi richieda il raggiungimento di tali finalità ideali. In questo senso occorre tenere conto di quale sia il prezzo da pagare da parte delle scuole autonome in termini di funzionalità ed efficienza sul piano didattico e organizzativo. Non tutte le scuole possono garantire un'offerta formativa valida ed efficace, alle scuole autonome che non possono far funzionare FUSS come si deve, l'amministrazione scolastica deve poter offrire le alternative necessarie, ricorrendo anche a prodotti *Microsoft*, che sono quelli più diffusi sul mercato del lavoro. Le enormi difficoltà incontrate presso la Ripartizione informatica a fornire il personale tecnico capace di garantire l'assistenza e l'implementazione del sistema nelle scuole della provincia sono dovute a una scelta politica operata nelle legislature precedenti in cui le competenze per le infrastrutture e le dotazioni informatiche delle scuole sono state trasferite dall'Intendenza scolastica alla ripartizione informatica.

Al momento non disponiamo di una stima dei costi per quanto riguarda le piattaforme *Microsoft*. Non sappiamo quante licenze, ma soprattutto dobbiamo capire se dovremo aggiornare anche gli *hardware*. Io ho già dato l'incarico alla ripartizione, mi dovrebbero rispondere a breve. Nel questionario è garantita l'imparzialità coinvolgendo i diversi *stakeholders* che vi ho detto prima. Grazie per la pazienza.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Ringrazio l'assessore per la risposta. Grazie.

PRÄSIDENT: Der in der Geschäftsordnung für die "Aktuelle Fragestunde" vorgesehene Zeitrahmen von 120 Minuten ist nun abgelaufen. Somit müssen alle aus Zeitmangel nicht behandelten Anfragen innerhalb der kommenden 10 Tage von den jeweils zuständigen Mitgliedern der Landesregierung schriftlich beantwortet werden. Damit ist auch die Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte abgeschlossen.

Wir beginnen nun mit den Anträgen der Opposition. Punkt 2 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 70/19. Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Posso dividere l'intervento in due?

PRÄSIDENT: Come in due?

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): In due pezzi, perché volevo raccogliere della documentazione che mi sono drammaticamente dimenticato e non ho con me e quindi volevo iniziare l'illustrazione e poi proseguire ...

PRÄSIDENT: Allora conviene aspettare domani.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Volentieri, se si può. Grazie!

PRÄSIDENT: Somit vertagen wir diesen Punkt auf morgen.

Punkt 3 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 76/19 vom 25.3.2019, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Transparenz in der Gemeinschaftsverpflegung.**"

Punto 3) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 76/19 del 25/3/2019, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante trasparenza nella ristorazione collettiva.**"

Transparenz in der Gemeinschaftsverpflegung

Am 1. März 2019 fand in Bozen an der Universität eine viel besuchte und beachtete Tagung ("Mens(a) sana in corpore sano") zur nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung statt. Von den Fachleuten wurde unterstrichen, wie wichtig der Ausbau von nachhaltig produzierten Lebensmitteln gerade in der Gemeinschaftsverpflegung ist. Auch der Nationale Aktionsplan zum Green Public Procurement (GPP) sieht vor, dass Mindestumweltkriterien (MUK) eingehalten werden. Italien ist bisher der einzige Staat der Union, der das GPP verpflichtend vorsieht.

Eine weitere Norm, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist, ist die EU-Richtlinie Nr. 1337/2013, die vorsieht, dass beim Verkauf von Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch das Herkunfts- und Schlachtland auf der Etiketle angegeben werden muss.

Konsumentinnen und Konsumenten fordern auch zunehmend diese Klarheit über die Herkunft der Lebensmittel ein, in besonderem Maße, was das Fleisch betrifft. Immer mehr Menschen wissen um die Wichtigkeit der Lebensmittel für die eigene Gesundheit und jene ihrer Kinder.

In dieser Hinsicht hat die Gemeinschaftsverpflegung eine besonders wichtige Rolle. Denn es werden dort erstens Menschen mit Essen versorgt, die mehrmals wöchentlich am selben Ort verköstigt werden. Zweitens handelt sich oftmals um Menschen, die aufgrund ihres Alters oder Gesundheitszustandes besondere Bedürfnisse oder/und Sensibilitäten aufweisen (Kinder, SeniorInnen, Kranke, Pflegebedürftige...).

Wie bei der Tagung am 1.3.19 unterstrichen wurde, möchten die KonsumentInnen darüber Bescheid wissen, was sie in der Mensa essen. In Umfragen etwa wurde von der großen Mehrheit der befragten Eltern eines Kindergartens ausgesagt, dass man wissen möchte, um welche Art der Lebensmittel es sich handelt. Das Interesse richtet sich in besonderem Maße auf die Herkunft der Lebensmittel, insbesondere was den Anbau (bio oder nicht-bio) und auf das Fleisch. Meist weiß die Person, die in der Mensa isst, davon praktisch gar nichts.

Die Gemeinde Bozen hat hier eine gute Praxis vorzuweisen: Auf den Menüplänen der Schulausspeisungen steht neben jedem Gericht, welche Zutaten darin aus biologischem Anbau stammen und welche aus fairem Handel.

Diese Praxis sollte ausgeweitet werden. Auf der Grundlage der Kennzeichnungspflicht sollen die Betreiber von öffentlichen Ausspeisungen angehalten werden, im Menüplan anzuführen, woher das verwendete Fleisch stammt und welche Zutaten aus biologischer Landwirtschaft stammen.

Dieser Ansatz würde nicht nur zu mehr Transparenz für die VerbraucherInnen führen, sondern zugleich auch die heimische Wirtschaft stärken, da lokal angebaute Produkte kenntlich gemacht würden und somit ein neues Verständnis entstehen könnte.

Nicht zuletzt würde eine veränderte Nachfrage auch ein diversifizierteres Angebot bedingen – mit Vorteilen für die heimische Landwirtschaft.

Daher

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

1. Alle Maßnahmen zu treffen, damit die Betreiber von öffentlichen Ausspeisungen angehalten werden, die verwendeten Zutaten aus biologischem Anbau auf den Menüplänen anzugeben.
2. Alle Maßnahmen zu treffen, damit die Betreiber von öffentlichen Ausspeisungen angehalten werden, die verwendeten Zutaten aus fairem Handel auf den Menüplänen anzugeben.
3. Alle Maßnahmen zu treffen, damit die Betreiber von öffentlichen Ausspeisungen angehalten werden, den Herkunftsort des verwendeten Fleisches auf den Menüplänen anzugeben.

Trasparenza nella ristorazione collettiva

Il 1° marzo 2019 all'Università di Bolzano si è tenuto un convegno ("Mens(a) sana in corpore sano") sulla ristorazione collettiva sostenibile che ha riscosso molto successo. Gli esperti hanno sottolineato quanto sia importante utilizzare maggiormente alimenti prodotti in modo sostenibile, proprio nella ristorazione collettiva. Anche il piano d'azione nazionale sul Green Public Procurement (GPP) prevede il rispetto dei criteri ambientali minimi (CAM). L'Italia attualmente è l'unico Paese dell'Unione europea ad aver introdotto in modo vincolante il GPP.

Un'ulteriore norma importante in questo contesto è il Regolamento di esecuzione UE n. 1337/2013 della Commissione che prevede l'indicazione obbligatoria del Paese di origine o di macellazione per la carne suina, ovina, caprina o di volatili destinata alla vendita.

Anche i consumatori e le consumatrici chiedono sempre più chiarezza in merito alla provenienza degli alimenti, in particolare per la carne. Sempre più persone sanno quanto sono importanti gli alimenti per la propria salute e quella dei loro figli.

Sotto questo punto di vista la ristorazione collettiva svolge un ruolo molto importante. Innanzitutto perché nelle mense si servono i pasti a persone che mangiano nello stesso posto più volte a settimana. Inoltre si tratta di persone che, per ragioni di età o di salute, hanno esigenze e/o sensibilità particolari (bambini, anziani/e, persone malate o bisognose di cura...).

Come è stato evidenziato durante il convegno del 1° marzo 2019, i consumatori e le consumatrici vorrebbero sapere cosa mangiano in mensa. In un sondaggio svolto in una scuola dell'infanzia, la maggior parte dei genitori interpellati ha indicato che vorrebbe sapere cosa mangiano i propri figli. L'interesse riguarda in particolare la provenienza degli alimenti, soprattutto la loro produzione (biologica o no) e la provenienza della carne. Di norma le persone che mangiano in mensa non ricevono informazioni in merito.

Il Comune di Bolzano dà il buon esempio in questo senso: nei menù delle mense scolastiche vicino a ogni piatto è indicato quali ingredienti provengono da coltivazioni biologiche e quali dal commercio equosolidale.

Questa pratica andrebbe estesa. Sulla base dell'obbligo di etichettatura i gestori delle mense pubbliche dovrebbero essere tenuti a indicare nei menù la provenienza della carne e gli ingredienti derivanti da agricoltura biologica.

Questo approccio non aumenterebbe solo la trasparenza per i consumatori e le consumatrici ma rafforzerebbe anche l'economia locale poiché verrebbe data visibilità ai prodotti coltivati localmente e potrebbe crearsi una nuova consapevolezza.

Non da ultimo un nuovo tipo di domanda comporterebbe anche un'offerta maggiormente diversificata, con tutti i vantaggi che ne derivano per l'agricoltura locale.

Pertanto

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica

la Giunta provinciale

1. di prendere tutte le misure necessarie affinché i gestori delle mense pubbliche siano tenuti a indicare sui menù gli ingredienti provenienti da agricoltura biologica;
2. di prendere tutte le misure necessarie affinché i gestori delle mense pubbliche siano tenuti a indicare sui menù gli ingredienti provenienti dal commercio equosolidale;

3. *di prendere tutte le misure necessarie affinché i gestori delle mense pubbliche siano tenuti a indicare sui menù la provenienza della carne utilizzata.*

Heute antwortet der Landeshauptmannstellvertreter. Am Donnerstag ist der Landeshauptmann wieder hier. Sie haben diesen Beschlussantrag vorgezogen, somit kommt er zur Behandlung. Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich hatte mir nur gedacht, dass, wenn morgen der Landeshauptmann hier gewesen wäre und der Kollege Urzi auch aus einer emotionalen Schwingung heraus gesagt hat, er würde seinen Antrag auf morgen vertagen, ich auch einen Grund gehabt hätte, diesen Antrag zu vertagen. Aber wenn der Landeshauptmann morgen auch nicht da ist, behandle ich den Antrag gerne heute.

Wir sprechen in dieser Zeit viel von Klima, weltweit spricht man von Klimaschutz. Wir wissen, dass einer der wichtigsten Faktoren für den Klimaschutz das Thema der Ernährung ist. Wir gehen davon aus, dass circa 25 Prozent – die Zahlen variieren da auch ein wenig – der weltweit imitierten Treibhausgase mit der Ernährung, mit der Produktion, mit der Zubereitung und mit dem Transport von Nahrungsmitteln zu tun haben. Es ist ein sehr wichtiger Faktor und es ist auch ein Faktor, der sogar mehr zu Buche schlägt als beispielsweise die Mobilität. Wir sprechen immer vom Klimadreieck. Es gibt drei wichtige Ansatzpunkte, um das Klima zu schützen und um dem Klimawandel ein Stück weit einen Riegel vorzuschieben. Das ist die Ernährung, das ist das Wohnen und das ist die Mobilität. Wir werden immer wieder Anträge zu diesen drei Themen machen, diesmal geht es um Ernährung. Mit diesem Antrag haben wir uns auf einen sehr gewichtigen Sektor eingelassen, und das ist die Gemeinschaftsverpflegung. Mit der Gemeinschaftsverpflegung meinen wir die Mensen in den Kindergärten, in den Schulen und in den Seniorenheimen, die Verpflegung im Krankenhaus, die Verpflegung in öffentlichen Kantinen, in Ausspeisungen jeder Art. Warum das so wichtig ist, liegt auf der Hand. Sehr viele Menschen, sehr viele Pendlerinnen und Pendler gehen nicht täglich nach Hause zum Essen, sondern essen vielleicht gerade insbesondere zu Mittag auswärts. In Bozen sagen die öffentlichen Ausspeisungen - rein die Schulumensen - von sich selbst: "Siamo il ristorante più grande della città!" Das sind gewichtige Zahlen, um die es bei der Gemeinschaftsverpflegung geht. Am 1. März fand in Bozen eine hoch interessante Tagung an der Uni Bozen statt, wo sehr viele Akteure dieser Gemeinschaftsverpflegung einmal alle zusammengekommen sind und dieses Thema aus sehr vielen verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet haben. Da waren einmal die Gemeindevertretungen, die sich insbesondere mit der Vergabe beschäftigen, aber auch die Köchinnen und Köche dabei. Das ist noch einmal ganz eine interessante Sache, denn man geht manchmal davon aus, als ob Mensaköche oder Kindergartenköchinnen ein bisschen Serienköche wären. Dabei ist das ja ein äußerst wichtiges Segment, in dem eine ganz besondere Art, ein ganz besonderes Know-How notwendig ist, um eine gute schmackhafte Verpflegung in der Gemeinschaftsküche bzw. in der Großküche zu gewährleisten, wo auch noch einmal Ansprüche ganz besonderer Art da sind. In den Krankenhäusern beispielsweise denken wir nur an die Bedürfnisse der verschiedenen Diäten, aber auch in den Schulen nehmen die verschiedenen Allergien und Unverträglichkeiten zu. Also, da bedarf es einer hohen Kunst, um auch wirklich gut zu kochen. Der Geschmack ist natürlich nur eines. Uns geht es hier nochmal um mehr. Es geht uns immer auch um den Geschmack, denn Gesundheit und Umweltschutz muss immer mit Genuss zusammenhängen. Sonst wird es schwierig und gewissermaßen auch ungenießbar, dann kann man das auch nicht voranbringen. Deswegen kurz eine Beleuchtung in diesem Teil.

In der Gemeinschaftsverpflegung geht es nicht nur um viele Menschen, die sehr oft am gleichen Ort essen. Wenn man auswärts isst, dann wechselt unsereins vielleicht immer wieder die Verköstigung oder das Lokal, aber wenn ein Kind oder ein älterer Mensch in einer Ausspeisung isst, dann wird er jeden Tag mehrmals sogar dort essen. Deshalb braucht es dort eine entsprechend große Varietät an Nahrungsmitteln und auch eine entsprechende Logistik, um das Ganze in geordnete Bahnen zu lenken und um das Ganze auch halbwegs kostengünstig abzuwickeln. Das ist eine sehr ausgefeilte Logistik, die hier manchmal dahintersteckt.

Nun hatten wir vor einigen Jahren einen Beschlussantrag im Landtag vorgebracht, der angenommen wurde. Es ging darum, den Anteil der Lebensmittel aus biologischer Landwirtschaft auszuweiten. Wie gesagt, der Antrag wurde damals angenommen. Wir wissen, dass es in der Umsetzung gar noch einige Probleme gibt. Trotzdem haben wir damals den guten Willen, noch einmal verstärkt hinzuarbeiten, sehr zu schätzen gewusst. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder in sehr vielen verschiedenen Zusammenkünften, wo es um gesunde Landwirtschaft und um nachhaltige Bewirtschaftung ging, darauf hingewiesen, dass in unserem Land

dieser Grundsatz gilt. Es sind aber noch einige Aspekte offen und diese möchten wir mit diesem Antrag bearbeiten. Es geht uns jetzt darum, dass wir mehr Transparenz erwirken möchten. Warum? Wir gehen davon aus, dass die Menschen wissen möchten, was auf ihren Tellern landet. Das ist ein Wunsch und - ich glaube - eine berechnete Forderung der Konsumentinnen und Konsumenten. Sie möchten wissen, was ihre Kinder auf den Tellern haben, und sie möchten wissen, was ihre Angehörigen und ihre Eltern auf den Tellern haben. Es sind manchmal gerade in der Gemeinschaftsverpflegung sensible Personengruppen betroffen, einmal wenn ein erwachsener Mann mit 80 kg in einer Mensa isst und mit bestimmten weniger exzellenten Lebensmitteln in Berührung kommt, dann ist das etwas anderes, wie wenn es ein kleines Kind betrifft, das sehr wenig wiegt und wo ein Schadstoff sehr viel stärker ins Gewicht fällt. Das liegt auf der Hand. Wenn jemand krank ist und besondere Sensibilitäten hat, dann fällt das ebenfalls nochmals mehr ins Gewicht als bei einem gesunden Menschen. Nun sind wir hier mit diesen Ideen nicht ganz allein auf weiter Flur, sondern es gibt eine internationale Rechtslage, die in die gleiche Richtung arbeitet. Auf europäischer Ebene hat man schon längst einige rechtliche Voraussetzungen geschaffen. Eine bisher wichtige Richtlinie ist die Nr. 1337 von 2013, welche vorsieht, dass beim Verkauf von Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch das Herkunfts- und Schlachtländ auf der Etikette beim Verkauf angegeben werden muss. Wir wissen also, dass in die Großverpflegung bzw. in die Mensa im Normalfall Fleisch kommt, dessen Herkunft angegeben ist. Allerdings weiß davon die Person, die das isst, oder die Person, deren Kind in dieser Mensa isst, oder deren Mutter im Seniorenheim isst, nichts. Diese Transparenz möchten wir weitertragen, dass das auch auf dem Menüplan angegeben wird, damit die Menschen das nachvollziehen können. Das gleiche soll auch für biologische Lebensmittel und für Lebensmittel aus dem fairen Handel gelten. Das heißt, eine Mensa bzw. eine Kantine, die bereits biologische Lebensmittel verwendet, wird das auf dem Menüplan angeben. Wenn Sie Lebensmittel aus dem fairen Handel verwendet, wird sie das ebenfalls angeben. Sie wird angeben, woher das Fleisch kommt, das verkocht wird. Die Stadt Bozen ist hier eine Art "Best practice", weil das dort in den Auspeisungen der Schulen bereits angegeben wird. Also man gibt an, welche Lebensmittel dort Bio sind und welche Lebensmittel aus fairem Handel kommen. Der Hinweis in Bezug auf das Fleisch ist natürlich noch hinzuzunehmen. Es gehört insgesamt in das ganze Thema des "Green Public Procurement", also eine Vorgabe, die ebenfalls von der EU kommt und zu der es auch einen nationalen Aktionsplan in Italien gibt und wo Mindestumweltkriterien festgelegt worden sind. Auf Südtirol-Ebene - vielleicht kriegen wir da kurz eine Auskunft der Landesregierung - sind wir hier noch am Ausarbeiten dieser Mindestumweltkriterien. Das war der letzte Stand, den wir im März hatten - vielleicht hat sich da schon etwas getan. Auf jeden Fall ist es zumindest unsere Hoffnung, dass in die Mindestumweltkriterien gerade das Biologische, die nachhaltige Landwirtschaft, auch die sozialen Auswirkungen des Anbaus usw. Eingang finden. All das wurde bei der Tagung im März auf breiter Ebene mitgetragen bzw. vorgeschlagen.

Das ist unser Vorschlag. Ich glaube, dass gerade das Thema des Fleisches, das wir immer wieder aufwerfen, natürlich eine gewisse Problematik mit sich führt. Wir wissen, dass auf dem Fleisch oft ein Tabu lastet. Niemand will gerne sagen, woher das Fleisch kommt. Wir in Südtirol haben einen Fleischanbau, der einerseits - was Rinder angeht - schon in einer gewissen Breite ist. Da geht es zwar mehr um die Produktion von Milch, aber wenn wir schauen, was an Schweinefleisch und Geflügel da ist, dann verlässt sich Südtirol komplett auf den Import. Das heißt, wir sind natürlich froh, dass wir kaum Mastbetriebe im Land haben. Das ist für alle sehr angenehm, auch für die Südtiroler Tiere, aber sie leben natürlich irgendwo anders unter Umständen, die wir sehr oft gar nicht nachvollziehen können. Deshalb müssen wir hier - glaube ich - dazu übergehen, den Kopf nicht länger in den Sand zu stecken und Klarheit einzufordern, um zu wissen, was wir essen und was die Leute essen, die wir in die Gemeinschaftsverpflegung schicken. Vielen Dank!

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! In den meisten Punkten können wir zustimmen, denn immerhin geht es ja darum, dass man sozusagen angehalten bzw. angeschubst wird, sozusagen in diesem Bereich etwas sensibel zu werden und mehr Transparenz hineinzubringen. Viele Betriebe - auch Privatbetriebe hierzulande - machen sich auch schon die Mühe, in ihren Restaurants bzw. in ihren Hotels usw. ganz genau anzugeben, von woher die Produkte kommen. Sie sehen es eigentlich persönlich als Mehrwert, wenn sie aufzeigen können, dass sie lokale bzw. Produkte aus fairem Handel verwenden. Somit wird auch ein gerechter Preis gezahlt oder die Tiere werden in artgerechter Haltung aufgezogen. Also, all das ist im Grunde genommen auch ein Mehrwert. Natürlich zeige ich auf einer Liste an, was hier Fairtrade, was biologisch und was lokal ist. Dann scheint natürlich auf der anderen Seite auch auf, was nicht lokal ist, was nicht biologisch ist und was nicht fair gehandelt wird, wo man dann wieder sagen kann: "Aha, du verwendest nur

zwei lokale Dinge und acht sind von irgendwoher." In der Umsetzung selbst ist es dann oft nicht so einfach, besonders beim Fleisch. Meist wird in großen Mengen vom Metzger eingekauft, wo man ja selbst nicht einmal genau weiß, von wo dieses Stück Fleisch bei dieser Lieferung eigentlich genau kommt. Es ist wirklich ein großer Aufwand, der dann hier dahintersteckt, um hier diese akribische Transparenz hineinzubringen. Von dem her würden wir den Punkt 1 und 2 mittragen. Beim Punkt 3 sind wir skeptisch und würden uns deshalb der Stimme enthalten. Aber an sich sehen wir es eher als Mehrwert, hier aufzuzeigen, von woher diese Produkte stammen. Natürlich in Bezug auf die öffentlichen Ausspeisungen ist es sicherlich auch eine Preisfrage, denn lokale, fair gehandelte und Fairtrade-Produkte mit fairem Preis kosten wahrscheinlich dementsprechend mehr. Also müsste man auch in diesem Bereich etwas tun, nicht nur auf dem Papier zu fördern, dass dies aufgezeigt wird, sondern dass man auch sagt: Für Betriebe, die hauptsächlich lokale Produkte verwenden, sehen wir besondere finanzielle Begünstigungen vor. Sie würden mehr finanzielle Unterstützung erhalten, indem man beispielsweise sagt: "Wenn ihr eure Küche zu 80 Prozent auf die lokalen Produkte aufbaut, dann sehen wir für euch ein größeres Budget vor oder es gibt bestimmte steuerliche Ermäßigungen." Man könnte es auch in diesem Sinne ausgleichen, denn ich glaube, auch der Preis spielt hier einfach schlussendlich eine große Rolle. Dennoch gilt es dieses Ziel, dieses Ansinnen absolut zu fördern.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es gab vor circa 20 Jahren – ich kann mich noch an das Jahr 1996 erinnern – ein Gesetz zum öffentlichen Bauwesen. Dieses Gesetz damals hat eine Bewegung eingeleitet, die Südtirol im Bereich der Architektur fast in ein neues Zeitalter katapultiert hat. Die öffentliche Hand ist damals beispielgebend vorausgegangen und wir haben im Bereich der Architektur, weil es der Wille des damaligen Landesrates war, weil es auch gute Beamte und Ressortdirektoren gab, die diese Idee umsetzen wollten, im Bereich der Architektur neue Wege beschritten und für das ganze Land eine neue Kultur gegründet und begründet. Ich darf nur daran erinnern, dass damals große und sehr schöne Sanierungen von öffentlichen Bauten gemacht wurden. Beispiele davon gibt es im Vinschgau und auch anderswo. Die Schlandersburg beispielsweise war eine der ersten davon. Wir hatten auch innovative Neubauten, wie das Landhaus 2. Wenn man da hineingeht, findet man vor lauter Innovation manchmal gar nicht mehr raus. So geht es mir immer noch. Man hat damals auch die Kunst am Bau eingeführt, um sozusagen eine gewisse Kreativität zu forcieren. Daraus hat sich – wie schon gesagt – eine Kultur entwickelt, von der ganz Südtirol erzählt und wir sind jetzt, was die Architektur im öffentlichen Bauwesen betrifft, aber nicht nur, denn das hat sich dann auch auf das private Bauwesen abgespiegelt, nicht die letzten. Ich würde sagen, wir gehören zu einer fortschrittlichen Region und wir haben – wir sehen es ja immer wieder – Architekturreisende, die ins Land kommen, um sich diese Architektur anschauen, meistens verbunden noch mit einem Gläschen Wein.

Aber zurück zum Thema! Hier geht es um eine ähnliche Sache. Die öffentliche Hand hat eine gewisse Verantwortung und die öffentliche Hand kann beispielgebend vorausgehen und eine neue Bewegung schaffen. Wir hören ja immer, wenn es um die Landwirtschaft geht, wenn es um die biologische Landwirtschaft geht, also wenn es um diese Diskussionen geht, das Argument: "Ja, alles gut und recht, aber der Kunde/die Kundin müssen auch mitgehen." Das ist praktisch bei jeder Diskussion, an der wir teilgenommen haben, ein Thema. Hier ist jetzt einmal die öffentliche Hand der Kunde und kein kleiner, wie wir gehört haben. Kollegin Brigitte Foppa hat es ja aufgezeigt, es ist ja auch ein wirtschaftlicher Faktor. Hier kann, soll und muss die öffentliche Hand aus unserer Sicht und aus meiner Sicht einfach vorangehen.

Noch einmal zurück zum Bild der Architektur! Mit dieser Idee des Vorangehens wurde eine Kultur geschaffen, die sich international sehen lassen kann. Schaffen wir auch mit dem Vorangehen in diesem Bereich eine neue Kultur und tun den Menschen, aber auch der Landwirtschaft etwas Gutes! Danke schön.

TAUBER (SVP): Herr Präsident, liebe Kollegen! Grundsätzlich ist das gesamte Thema Sensibilisierung für regionale Produkte und für gesunde Ernährung in aller Munde und wird natürlich auch von den Einheimischen und von uns allen immer stärker wahrgenommen. Dem stimme ich persönlich natürlich auch zu. Auf der anderen Seite mache ich jetzt statt der Architektur den Exkurs in die Hotellerie. Ich denke, Sie erinnern sich alle daran, als diese Gesetze gekommen sind, der Kennzeichnungen, der verschiedenen Problematiken, Allergien usw. in unseren Betrieben. Mit einem Schlag mussten wir einen halben Koch mehr in jedem Betrieb anstellen, um alles genau zu definieren, um alles genau niederzuschreiben, weniger zu kochen und mehr Texte zu schreiben. Ich denke, dass dieser Antrag ein bisschen in diese Richtung geht.

Grundsätzlich bin ich persönlich davon überzeugt, dass wir alle, die hier leben, und die Menschen, die in den öffentlichen Strukturen, in den Mensen, in den Kindergärten und in den Schulen arbeiten, in ihrer Tätigkeit sehr wohl versuchen, für unsere Jugend, für die Bevölkerung und für die Menschen, die dann in den Mensen essen, eine gesunde Ernährung zu zaubern, zu kreieren zu und zu kochen. Ich persönlich bin jedoch dagegen, dass wir jetzt alles niederschreiben und genau kennzeichnen, weil es sehr viel Aufwand und sehr viel Bürokratie mit sich bringt. Wie wir ja wissen, ist der Landeshauptmann in Brüssel unterwegs und versucht auch in diese Richtung konkret etwas zu erreichen, damit wir unsere regionalen Produkte noch stärker in den öffentlichen Strukturen einsetzen können. Ob wir das dann in dieser europäischen Gesetzgebung so hinkriegen, müssen wir schauen. Ich denke, es ist ein freier Markt. Umso mehr glaube ich, dass wir jetzt nicht groß verlangen sollten, alles genau zu kennzeichnen, sondern dass wir viel mehr vor Ort versuchen sollten, die Dinge trotzdem und nicht bürokratisch schwierig zu machen.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Io intervengo anche perché sono di Bolzano, ho avuto tre figli nelle mense di Bolzano e so come si è evoluta la situazione delle mense di Bolzano, ed è esattamente in questa direzione, cioè a Bolzano, città di oltre 100.000 abitanti questa cosa si fa. Le famiglie ricevono settimanalmente, mensilmente – dipende – un foglio con il menu giornaliero delle mense e accanto è segnalato quali sono i prodotti bio e quali sono i prodotti da commercio equo e solidale.

Credo che il cons. Tauber debba fare una riflessione sul fatto che qui si parla di mense pubbliche, di gestori di mense pubbliche, non si parla della trattoria in via S. Quirino, si parla di grosse strutture – questa mattina la cons. Foppa diceva che le mense pubbliche sono il più grande ristorante del Sudtirolo –, grandi strutture che questa documentazione ce l'hanno, non è che la devono inventare o cercare. Il problema è se vogliamo fare trasparenza o no, cioè se vogliamo comunicare anche agli utenti quello che i gestori sanno già, oppure no. Questo è il problema.

Va comunicato anche agli utenti perché ci sono le famiglie che mandano i figli alle mense scolastiche e sono magari famiglie che ci tengono a queste scelte, che quotidianamente fanno la fatica di andare a comprare dei prodotti che siano biologici, locali, equi e solidali, controllano, magari mangiano molta meno carne di un tempo, ma controllano e la mangiano migliore e quindi vanno in certi posti a comprarla – vi posso dare alcuni consigli anche a Bolzano – dove sia garantito che la carne viene dal Renon, oppure viene dall'Alto Adige oppure dal Trentino. Se queste famiglie mandano tutti i giorni il figlio o la figlia a pranzo alla mensa scolastica, e ce ne sono molte, non sanno se queste loro preoccupazioni, indicazioni, eccetera, vengono anche rispettate dalle mense. Non è che qui si scrive che le famiglie hanno diritto di pretendere niente, hanno solo diritto di sapere per regolarsi.

La trasparenza è una legge del libero mercato, non è una proposta antieconomica, se io non so che cosa ho davanti come prodotto, non mi so neanche regolare nel libero mercato, quindi la cosa è già fatta nel Comune di Bolzano ed è fattibile ovunque.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Ich möchte da weitermachen, wo Kollege Dello Sbarba aufgehört hat. Man weiß nicht, was man auf dem Teller hat. Und es ist wichtig, dass man hier die größtmögliche Transparenz findet. Ich kann den Grundgedanken dieses Antrages verstehen, denn man will ja darauf hinaus, die Menschen zu sensibilisieren und aufzuklären, was sie vor sich haben. Das Problem ist – und das wundert mich ein bisschen, da die Kollegin Foppa sonst durchaus als genau bekannt ist und die Beschlussanträge relativ genau definiert -, was regional ist. Sie haben vorher immer wieder auf die regionalen Produkte hingewiesen, hier geht es nur darum, ob die Biokennzeichnung vorhanden ist und die Herkunft des Fleisches genannt wird. In der Europäischen Union ist die Herkunft des Fleisches auch die Herkunft dort, wo es geschlachtet bzw. verarbeitet wird. Nehmen wir einmal das Beispiel her, dass eine Schulausspeisung Tortellini mit gemischtem Salat bietet. Dann kann draufstehen, weil die Tortellini irgendwo in Italien hergestellt werden, dass sie regional sind. Sie können auch in Südtirol gemacht werden, dann sind sie auch regional. Die Tomate aus dem gemischten Salat kommt aus Sizilien und wird dort biologisch angebaut. Somit wird sie als Bio plus regional gekennzeichnet. Im Endeffekt muss man sich dann aber fragen, was mehr wiegt. Nur die Kennzeichnung Bio sagt mir zum Beispiel noch nichts aus, ob die Eier, die bei den Tortellini verwendet werden, aus einer Massentierhaltung kommen oder nicht. Sie können nämlich dort, wo genauso Tausend Hühner drin-

nen sind, auch biologisch gemacht werden und bekommen dennoch das Bio-Label. Ein Produkt völlig zu kennzeichnen, ist schwierig, denn da muss ich auch wissen, woher dieses Tier kommt, das ich verwende, wo es geboren, wo es gezüchtet und wo es gemästet wird bzw. ob es importiert wird. Habe ich dann diese Kennzeichnung drauf? In Italien wird bei den meisten Würsten, die gemacht werden, der Darm aus China importiert. Der Darm zählt aber in dem Moment nicht. Es wird nur geschrieben, dass das Fleisch Bio ist und die Därme importiert werden. Da muss man schon genau sein. Ich würde ganz einen anderen Ansatz angehen. Mich freut es, wenn bei einem Menü dabeisteht, dass die Tomate Bio ist. Aber viel interessanter wäre es, wenn stehen würde, dass die Eier aus einer Legebatteriehaltung kommen. Das wäre noch viel effizienter, weil so ist es natürlich eine Gewissensberuhigung, wenn wir bei einem Menü in einem oder zwei Punkten sehen, dass es Bio und regional ist, auch wenn wir nicht genau definiert haben, was es dann bis zum Schluss ist. Viel interessanter für den Verbraucher ist es, was er in Wirklichkeit isst, also womit er ein Problem hat und nicht damit, wo er kein Problem hat. Das wäre das Interessante für mich als Verbraucher, wenn ich das sehe. Deswegen ich kann den Grundgedanken verstehen, aber mir fehlt beim Beschlussantrag einfach dieses Detail, dass ich das kennzeichnen kann.

LOCHER (SVP): Herr Präsident, geschätzte Einbringerin und vor allem geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Ich glaube, dass wir der ganzen Angelegenheit ziemlich näherkommen. Ich glaube, das ist einer der positiven Aspekte, den wir hier im Landtag diskutieren. Wenn wir über das Essen reden, dann reden wir über eine Grundversorgung, und das Wichtigste, was wir haben, ist ganz einfach das Essen. Alles andere ist Nebensache. Da geht es einfach um eine Grundsatzdiskussion, bei der ich Ihnen, Frau Foppa, in vielerlei Hinsicht Recht gebe und Sie auch respektiere. Es geht nicht um Bio oder andere Sachen, es geht ganz einfach darum, die lokale Wertschöpfung zu stärken, das heißt die regionalen lokalen Produkte vermehrt auf den Speiseplan zu bringen. Ich glaube, das ist eine ganz grundsätzliche Entscheidung, die wir irgendwann zu treffen haben. Ich werde diesem Beschlussantrag zwar nicht zustimmen, aber ich stimme inhaltlich in vielen Punkten zu. Ich stimme auch zu, dass wir auf dem richtigen Wege sind. In vielerlei Hinsicht muss man ganz einfach feststellen, dass wir nicht die vollständigen Lebensmittel vorhanden haben, ganz gleich, ob das Eier, Fleisch oder verschiedene andere Produkte sind. Aber in vielerlei Hinsicht haben wir auch ohne Etikettierung ganz einfach die Lebensmittel vorhanden. Nehmen wir beispielsweise Milch, Joghurt und Käse her. In verschiedener Hinsicht haben wir ja die Produkte. Ich bin auch ganz entschieden dafür, dass wir bei den Ausschreibungen imstande sind, dies in den öffentlichen Auspeisungen, das heißt in den Kindergärten, Oberschulen und Universitäten – das heißt, das, was uns betrifft – zu stärken. Es geht nicht so sehr um Bio oder nicht Bio, es geht darum, dass wir die lokale, regionale Wertschöpfung stärken. Wie gesagt, ich gebe Ihnen in vielerlei Punkten ganz einfach Recht. Das heißt, wir müssen diese Thematik vorantreiben und werden an dieser Thematik dranbleiben. Das ist als Landtag wichtig, so wie wir damals fürs Autonomiestatut als Landtag gekämpft und dies auch erreicht haben, können wir hier erreichen, dass wir gerade die öffentlichen Einrichtungen – später kommt dann noch die Gastronomie dazu – vollständig mit unseren Produkten ausstatten können. Ich glaube, dann haben wir sehr Vieles erreicht. Wie gesagt, vieles in diesem Beschlussantrag ist inhaltlich in Ordnung. Das möchte ich dazusagen. Ich stimme nicht zu, aber inhaltlich kann ich vieles teilen. Danke schön!

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il consigliere Lanz, ne ha facoltà.

LANZ (SVP): Man muss das Thema ein bisschen differenziert betrachten. Einerseits geht es um eine wichtige Maßnahme, bei der man wissen will, welche Produkte verwendet werden. Ich glaube, dass wir hier in Südtirol und vor allem auch in den öffentlichen Strukturen derzeit schon genügend Initiativen, Maßnahmen und Kontrollen haben, um qualitativ hochwertige Produkte zu verwenden. Das zweite Thema ist – und mit dem habe ich persönlich immer ein bisschen ein Problem -, wenn wir es dann unter dem Schlagwort "Transparenz" stellen, weil wir hier Menschen mit einer Fülle von Informationen füttern, wo sie eigentlich nichts damit machen können. Was kann ich machen, wenn ich morgen erfahre, dass das Fleisch aus diesem Teil des Landes oder aus dieser Zucht kommt usw.? Ich habe ja nicht die Möglichkeit, dann direkt Einfluss zu nehmen. Wenn es die Absicht wäre, dass morgen jeder mitreden kann, wie das Menü zusammengestellt wird, der eine hier und der andere dort mitspricht, dann haben wir ein Problem, nämlich dass wir eigentlich die Ernährung in diesem

Moment nicht mehr garantieren können. Das ist das Problem. Ich glaube, der Ansatz ist wichtiger, dass wir heute die Maßnahmen, die auf regionale Produkte gesetzt worden sind, in Bezug auf die Qualität der Lebensmittel, im Bereich des Einkaufs, der öffentlichen Vergaben, fortführen und verstärkt auf lokale Erzeugnisse zurückgreifen. Wir sollten diesen Weg weiter beschreiten, anstatt morgen nach außen hin mit Gesetzen oder Beschlüssen jeden zu zwingen, jegliche Kommunikation zu veröffentlichen.

Ein anderes Thema, das auch angesprochen wurde, ist der öffentliche Bereich. Wir wissen, dass der Schritt vom öffentlichen Bereich dazu führt, dass auch der private Bereich, der relativ klein ist, all das nachmachen muss. Wir wissen, dass wir hier Probleme haben, die wir vor Ort organisatorisch, vom Ablauf und vom Zeitlichen her nicht gewährleisten können. Insofern ist diese Maßnahme eigentlich nicht zielführend, weil sie nicht an das Ziel herangeht, das ich mir vorstelle und das Sie erreichen möchten, nämlich dass man gewährleisten kann, dass Lebensmittel aus biologischem oder fairem Anbau über kurze Wege auf die Teller kommen oder in die Nahrungsmittelkette hineinkommen. Das erreichen wir sicher nicht mit mehr Dokumenten und mehr Zetteln, sondern mit mehr Kultur dahinter. Auch die Kultur dahinter erreichen wir nicht mit Beschlüssen und Gesetzen, sondern indem wir es umsetzen, so wie es eigentlich vorgegeben ist.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Questa mozione già ripercorre al suo interno – e lo ha già detto il collega Dello Sbarba – come il Comune di Bolzano abbia già anticipato la richiesta nell'ambito delle gare di appalto da dove devono provenire determinati prodotti, ma al di là di questo io vorrei sottolineare, nel momento in cui siamo all'interno di una guerra mondiale sui dazi, dove c'è un problema legato anche alla carne americana, quella con ormoni, non ormoni, c'è tutta una discussione enorme in questa direzione, sapere da dove vengono determinati prodotti io lo ritengo una cosa fondamentale, non solo per la ristorazione collettiva, ma secondo me l'Unione Europea dovrebbe mettere dei paletti anche in questa direzione. Io capisco che la sovrappopolazione mondiale faccia delle produzioni alimentari eccessive attraverso delle coltivazioni particolari – non mi metto a discutere perché sono tutti degli esperti – però sotto il profilo della salute pubblica, ritengo che sia fondamentale la provenienza, partendo anche nel resto della provincia – il Comune di Bolzano, come è stato già sottolineato, lo fa – non è che ci siano dei costi maggiori, e chiedendo che venga dichiarato da dove provengono questi prodotti.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Veramente, collega Repetto, non c'è scritto questo nella mozione, cioè non c'è scritto di indicare da dove vengono i prodotti, se c'è scritto, c'è scritto solo per la carne, per il resto c'è scritto altro, ossia c'è scritto di indicare se arriva da agricoltura biologica e commercio equosolidale.

Quindi, sul fatto che il Comune di Bolzano lo abbia fatto, del Comune sono fiero, di chi lo amministra un po' meno, collega, ma ancora qualche mese di pazienza, poi cerchiamo di cambiarlo.

In linea teorica un ragionamento completo, così come è stato eseguito, potrebbe anche coinvolgerci, d'altronde lo chiediamo che sulle etichette ci sia scritto da dove arrivano tutti i prodotti – lo chiediamo o non lo chiediamo, collega Foppa? –, però nella mozione Lei non lo chiede che ci sia scritto da dove arrivano i prodotti e quindi chiederei di integrarla, anche se poi sono quelle iniziative che lasciano il tempo che trovano, perché se la volontà è quella di fare uno spot all'agricoltura biologica, dovremmo mettere un sole ridente davanti alla polpetta vegana che arriva da agricoltura biologica, altrimenti il tutto generalmente si risolve in che cosa?

Quello che noi sappiamo e che conosciamo come consumatori quando andiamo al supermercato e cerchiamo l'informazione, si risolve in un'etichetta con 700 voci, prestampata e attaccata sul vetro magari della mensa, piuttosto che da un'altra parte. Allora, il veicolo dell'informazione è importante, poi di fatto la fruibilità di questo tipo di informazione è del tutto relativa e talvolta – posso permettermi di dire – anche l'interesse è del tutto relativo. Poi, sapere che arriva da commercio equosolidale mi fa piacere, ma vorrei sapere anche qual è il commercio equosolidale, perché, collega Foppa, magari talvolta alcune perplessità su alcune filiere, ci permetta di dirlo, le possiamo avere, perché poi si dice equo e solidale, ma dietro alle Vostre parole si nasconde anche dell'altro e io credo che su questo quindi bisognerebbe essere pure assolutamente attenti.

Io non sto dicendo che non posso votare a favore per lo meno dei punti 1 e 3, si può anche farlo, ma non credo che sia questo, peraltro, lo stesso spirito dei proponenti e svilisce molto anche la portata dell'iniziativa, quindi manifesto qualche mia perplessità nella formulazione e nell'articolazione della proposta. Vogliamo tutti che le persone mangino bene, ma credo che ci sia un metodo diverso per arrivare a mangiare bene e non solo mettersi un sole ridente sulla vetrata della mensa. Grazie!

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Ich habe jetzt die Debatte mit Interesse verfolgt. Einmal möchte ich schon festhalten, dass Lebensmittel noch nie qualitativ so hochwertig waren wie heute, noch nie so sicher waren und noch nie so kontrolliert waren wie zurzeit. Also hier Lebensmittel zu konsumieren, braucht sich in der westlichen Welt niemand Sorgen zu machen. Das Zweite ist die Diskussion Bio oder nicht. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass ich nichts gegen Bio habe, im Gegenteil, ich finde es eine wichtige und interessante Anbauweise. Aber wogegen ich etwas habe, ist dieses Schwarz-Weiß-Denken. In diesem Beschlussantrag kommt es ganz eindeutig zum Tragen. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, weil Sie, Frau Kollegin Foppa, gesagt haben, dass Sie das, so wie andere Dinge auch, unter dem großen Thema Klima bringen wollen. Da ließe sich jetzt lange diskutieren, ob die Bioproduktion klimafreundlicher ist, weil wir davon ausgehen müssen, dass beim Gemüse, Obst usw. die Produktion dort wesentlich geringer ist. Wenn wir wissen, dass wir in Europa im primären Bereich wesentlich weniger produzieren, wie wir konsumieren, dann muss die Rechnung gemacht werden, wenn wir von Klima reden, auch produzierte Menge und nicht auf den Hektar. Das ist ein feiner Unterschied. Da schaut die Rechnung plötzlich ganz anders aus. Das werden Sie hier auch zugeben müssen. Zum anderen – das hat Kollege Urzi hier richtig erkannt – reden wir hier in diesem Beschlussantrag von verschiedenen Dingen. In Punkt 3 geht es um die Herkunft eines Lebensmittels, worüber Sie alle diskutiert haben – diese soll regional sein -, hier beim Fleisch würde man die Angabe verlangen, woher es kommt. Beim Punkt 2 geht es um den fairen Handel. Dort geht es vor allem um soziale Aspekte, nicht um Klimaaspekte, also wie angebaut wird und dies in erster Linie zu unterstützen. Aber beim Punkt 1 geht es um Bio. Hier ist plötzlich irrelevant, woher ein Lebensmittel kommt. Da ist es Null Thema. Bio ist grundsätzlich gut, ob das jetzt aus Amerika oder aus Afrika kommt, unter welchen Voraussetzungen die Menschen dort arbeiten müssen, um die Biomittel zu produzieren, die wir hier konsumieren wollen, ist plötzlich egal. Hier muss ich schon fragen: Ist das kohärente Politik? Ist es kohärent in diesem Zusammenhang das Thema Klima und Soziales zu sehen? Ich glaube nicht. Hier müssen wir schon auch den Tatsachen ins Auge schauen. Wie gesagt, was mich stört, ist diese Schwarz-Weiß-Malerei, weil so einfach ist die Welt und das Leben nicht. Aber zum anderen - um jetzt auf diesen Beschlussantrag einzugehen - ist es so, dass es hier vor allem um die Mensen im Kindergarten- und Schulbereich geht, also ein Thema, das die Gemeinden betrifft. Sie sind für die Ausspeisungen zuständig. Aufgrund dieses Beschlussantrages habe ich Rücksprache mit dem Rat der Gemeinden gehalten und ich zitiere ihn wie folgt: *"Der Rat der Gemeinden erklärt sich damit einverstanden, dass die Gemeindeverwaltungen aufgefordert werden, die bei der Tagung am 1. März 2019 angesprochenen Zielsetzungen zu befolgen. Daher sollte bei der Gemeinschaftsverpflegung in erster Linie darauf geachtet werden, Lebensmittel möglichst aus regionaler Herkunft und aus den nationalen Verfügbarkeiten einzukaufen, wobei auch der biologische Anbau und der faire Handel Berücksichtigung finden sollen."* Soweit so gut. Sie sprechen sich aber dagegen aus, dass dieser Beschlussantrag in dieser Form angenommen wird und somit das, was hier vorgesehen wird, zur Verpflichtung der Gemeinden wird, weil es auch mit entsprechendem Aufwand verbunden ist. Nicht zuletzt deshalb würde ich hier den Antrag stellen, diesen Beschlussantrag in dieser Form abzulehnen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Da hat man jetzt ein schönes Beispiel an Doppelzüngigkeit gesehen. Herr Landesrat, nicht Sie, Ihre Argumentation kennen wir, die war in diesem Sinne in sich folgerichtig, aber wenn Sie die Bürgermeister und die GemeindereferentInnen bei der Tagung gehört hätten, dann war da ein ganz anderer Grundtenor zu hören. Das ist dann interessant, wenn die gleichen Leute, die dort gestanden sind und sich über das Land und die Vergabe beklagt haben, dieses Gutachten schreiben. Das ist sehr interessant, wenn man bei beiden dabei gewesen ist. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt mich jetzt wirklich ein bisschen erstaunt, denn ich hatte mich auf eine völlig andere Argumentation vorbereitet. Ich bin davon ausgegangen, dass ihr ganz sicher sagen würdet: "Das geht auf keinen Fall; das kostet alles viel zu viel." Das habt ihr in den letzten Jahren immer wieder zu diesem Thema gesagt. Deshalb hatte ich mir mit meinen Mitarbeiterinnen eine wunderbare Tabelle vorbereitet, wo wir auch nachgeschaut haben, wie viel das Ganze kostet. Ich hätte so gern repliziert, dass im Südtiroler Sanitätsbetrieb die Lebensmittelausgaben nur 0,37 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen. Wir können uns aber diese Zahl für eine nächste Diskussion gut beiseitelegen, denn die werden wir sicher wieder aufwärmen können, wenn wir schon beim Mensa Thema sind. Aber der Kollege Locher ist in den Landtag gekommen und hat eine Frage gestellt. Er hat vorhin bei der Aktuellen Fragestunde gefragt, aus welchem Herkunftsland die Milch, der Käse, die Butter, die Eier und das Fleisch in den Südtiroler Krankenhäusern kommen. Herr Locher ist als Landtagsabgeordneter hergekommen und hat sich sagen lassen müssen, dass er das nicht weiß, dass er das nicht wissen darf. Aber

wenn sich der Abgeordnete Locher diese Frage stellt, dann denke ich mir, dass diese Frage nicht nur Herr Locher hat, sondern sehr viele Leute in seiner Gemeinde und sehr viele Leute in anderen Gemeinden haben. Und, Herr Landesrat, die Diskussion hier war nicht Bio oder nicht Bio, wer der gute Bauer oder wer der schlechte Bauer ist. All das haben wir schon lang abgearbeitet. Hier geht es um eine ganz andere Sache, nämlich ob man wissen darf, was man isst, Ja oder Nein. Es ist mir klar, dass man nicht alles wissen kann. Aber einige Dinge, die wichtig sind, die die Menschen wissen möchten, sollten wir einfach darlegen. Das gehört zu einer transparenten Verwaltung und das Wort verwenden wir hier ganz bewusst und respektvoll. Es gehört dazu. Kollege Leiter Reber, es war interessant, dass in der letzten Legislatur von uns alles von eurer Seite niedergestimmt wurde, genau mit der umgekehrten Argumentation. Hier wollten wir genau das Positive verstärken. Wenn eine Mensa etwas Bio anbietet und dafür auch wahrscheinlich ein klein wenig mehr zahlt – wir wissen, dass das mehr ist –, warum soll sich sie es dann nicht angeben und die Leute informieren, was Bio ist? Wenn sie schon in den fairen Handel investiert, dann soll sie es doch sagen. Vielleicht muss man hier eine Zeile mehr im Menüplan schreiben. Ihr braucht mir nicht mit der Bürokratie zu kommen! Ich bin selbst in einer Hotelküche groß geworden und weiß, dass, wenn etwas auf der Etikette draufsteht, es nicht die große Arbeit ist, dies auf eine Menükarte zu schreiben. Dazu muss ich nicht einen halben Koch mehr anstellen, Kollege Tauber! Dazu muss ich mir nur die Etikette aufbewahren. Das Blöde ist nur, dass auf dieser Etikette vielleicht etwas draufsteht, das ich meinen Gästen so nicht sagen will. Das ist das Problem. Das Problem gibt sich auch in der öffentlichen Mensa. Es wurde uns immer und immer wieder gesagt: "Leute, reißt das Thema Fleisch nicht auf", denn dann müssen wir darüber reden, woher es kommt. Ich finde es wirklich auch verantwortungslos – möchte ich hier klar gesagt haben –, wenn wir darüber reden, dass wir in den öffentlichen Mensen Fleisch vorsetzen, von dem wir nicht mal wissen wollen, woher es kommt. Das ist doch verantwortungslos, gerade wenn es um Menschen geht, die vielleicht klein, alt oder krank sind. Darum geht es und nicht um Bio oder nicht Bio. Ich möchte dem Kollegen Leiter Reber widersprechen: Es gibt sicher auch Intensivanlagen, die biologisch sind, und gegen diese werde ich mich immer verwehren. Aber es gibt nicht Bio-Eier aus Batteriehaltung. Das müssen wir klarstellen, denn auch mit Eiern kenne ich mich ein bisschen aus. Also, das muss gesagt werden. Ich denke, diesen Fragen müssen wir uns stellen. Was wollen wir eigentlich essen und wollen wir es wissen? Darum geht es. Ich finde es kurios, wie gern wir uns hier immer weiter etwas vorlügen. Darum geht es eigentlich. Wir sagen nicht, woher die Lebensmittel kommen. Wir wollen nicht mal sagen, wenn es biologisch ist. Also, dieser Logik kann ich tatsächlich nicht mehr folgen.

Ich ersuche um eine namentliche Abstimmung nach getrennten Teilen, Herr Präsident!

PRÄSIDENT: Wie von der Abgeordneten Foppa beantragt stimmen wir namentlich und getrennt über den Beschlussantrag Nr. 76/19 ab. Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 33 Abgeordnete, Abstimmende: 33 Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler und Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori und Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll und Urzì.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 33 Abgeordnete, Abstimmende: 32 Abgeordnete, nicht Abstimmende: 1 Abgeordneter (Dello Sbarba).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Faistnauer, Foppa, Knoll, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner und Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori und Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Leiter Reber und Mair.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 33 Abgeordnete, Abstimmende: 33 Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Knoll, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler und Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori und Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Leiter Reber, Mair und Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 33 Abgeordnete, Abstimmende: 33 Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Staffler, Unterholzner und Urzi.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori und Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber und Mair.

Wir fahren nun mit Punkt 4 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 109/19, fort. Abgeordnete Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich bitte Sie, Herr Präsident, diesen Tagesordnungspunkt auf morgen zu vertagen, da wir noch etwas im Hinblick auf die Pestizide prüfen müssen.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Somit ist dieser Punkt auf morgen vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 123/19 vom 19.6.2019, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Landesbeobachtungsstelle für Kultur.**"

Punto 5) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 123/19 del 19/6/2019, presentata dal consigliere Repetto, riguardante osservatorio culturale provinciale.**"

Landesbeobachtungsstelle für Kultur

Südtirol hat das Kulturschaffen als einen der Kernbereiche für die Wertschöpfung in unserem Land erkannt, der sich maßgeblich auf die Entwicklung der individuellen wie auch der kollektiven Lebensqualität in unserer Gesellschaft auswirkt.

Es wurden bereits umfangreiche Investitionen zugunsten eines größeren und vielfältigeren Angebots an kulturellen Gütern und Aktivitäten getätigt. Auch dank gezielter Strategien zur Heranführung der Bevölkerung an die entsprechenden Initiativen konnte in der Folge ein bedeutender Anstieg des Kulturkonsums verzeichnet werden.

Das immer größere Angebot an Veranstaltungen, die von den Institutionen unterstützt werden, hat gleichzeitig zu einer verstärkten Nachfrage geführt, sodass Südtirol im weltweiten Vergleich zu den Ländern mit dem größten Kulturkonsum zählt.

Trotz dieser positiven Ausgangslage ist jedoch ein stetiger Rückgang der öffentlichen Investitionen zu bemängeln. Angesichts der eingangs erwähnten Entwicklungen wäre es nun an der Zeit, auch Privatkapital für Initiativen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Kulturgüter zu nutzen. Dies vorausgeschickt wäre es äußerst wichtig, für das gesamte Landesgebiet eine Beobachtungsstelle für Kultur einzurichten (wie dies bereits 2005 versucht wurde), die als Bezugspunkt und Bewertungsstelle für künstlerische Aufführungen und die damit zusammenhängenden Projekte dienen sowie Raum für Reflexionen, Überlegungen und Entscheidungen über die Investitionen oder Beiträge zugunsten der verschiedenen Einrichtungen und Vereinigungen des Landes bieten soll.

Zusammenfassend sollte die Beobachtungsstelle für Kultur folgende Aufgaben übernehmen:

- Alljährlicher Austausch zur Bewertung der Tätigkeiten im Rahmen von künstlerischen Aufführungen und damit zusammenhängenden Projekten;
- Ausarbeitung von Denkanstößen für die Entscheidungsfindung betreffend Investitionen zur Einführung und Konsolidierung von kulturpolitischen Maßnahmen im Land;
- Förderung des Bewusstseins über die Wichtigkeit einer transparenten jährlichen Studie, dank welcher die Kultur als Motor für Wirtschaft, Beschäftigung und Tourismus erkannt werden kann;
- Anregung von Investitionsmöglichkeiten durch lokale Wirtschaftstreibende zugunsten der Kultur (Nach Lamberto Trezzini sind die Beziehungen zwischen Privatbetrieben und Institutionen, innerhalb derer eine Tätigkeit ausgeübt wird und mit denen ein Wirtschaftstreibender sich identifiziert, von zentraler Bedeutung, und in Südtirol ist diese Bindung zwischen den Bürgern und ihrer kulturellen und territorialen Identität besonders stark ausgeprägt.);
- Vorgabe von Leitlinien zur Annäherung kulturferner Bevölkerungsgruppen durch Gewährleistung von Zugänglichkeit, Bildung und Flexibilität.

Mit dieser Arbeit zugunsten eines besseren Verständnisses der Kulturwelt kann aufgezeigt werden, welche Maßnahmen zur Entfaltung der Kreativität und inhaltlichen Weiterentwicklung der Kulturindustrie Südtirols beitragen können.

All dies vorausgeschickt

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

in Südtirol eine Landbeobachtungsstelle für Kultur einzurichten und tätig werden zu lassen.

Osservatorio culturale provinciale

L'Alto Adige ha orientato nella cultura uno dei cardini strategici in grado di generare una cascata produttiva sul territorio e di agire sulle dinamiche attinenti sia la qualità della vita individuale che quella collettiva della propria comunità di riferimento.

Sono stati stanziati ingenti investimenti volti ad allargare e diversificare l'offerta di beni e attività culturali, cui è corrisposta una crescita esponenziale di consumi, indotta ed incoraggiata anche da puntuali strategie di avvicinamento del pubblico rispetto a tali iniziative.

L'offerta di spettacoli sempre crescente, sostenuti dalle istituzioni ha innescato una parallela crescita della domanda, ponendo la Provincia ai primi posti nelle statistiche mondiali di consumo culturale.

In questo quadro positivo però s'innescava una diminuzione costante nell'investimento di risorse da parte delle istituzioni; alla luce di quanto sopra è arrivato il momento di coinvolgere anche i capitali privati in iniziative volte alla salvaguardia e allo sviluppo dei beni culturali.

In base a queste premesse è essenziale che si avvii (come era già stato sperimentato nel 2005) un OSSERVATORIO CULTURALE dell'intero Alto Adige, che sia punto di partenza e momento di valutazione delle attività proprie dello spettacolo dal vivo e dei progetti ad esso in vario modo annessi, che funga come spunto di riflessioni, considerazioni, decisioni da assumere in merito agli investimenti/contributi ai vari enti/associazioni presenti sul territorio.

Le funzioni dell'OSSERVATORIO CULTURALE si possono sintetizzare come segue:

- *Ottenere un appuntamento annuale per valutare le attività proprie dello spettacolo dal vivo e dei progetti ad esso annessi;*
- *Uno spunto per prendere decisioni per investimenti, per avviare e consolidare le politiche culturali del territorio;*
- *Consapevolezza che uno studio annuale trasparente permette alla cultura di essere interpretata come motore di crescita economica, occupazionale e turistica;*
- *Richiamare forme di investimento degli operatori economici locali a favore della cultura ("il rapporto tra l'azienda sociale ed istituzionale, nel quale si opera e nel quale l'operatore si identifica è cruciale, qui in Alto Adige è particolarmente radicato questo legame tra i cittadini e la loro identità culturale e territoriale" L. Trezzini);*
- *Linee guida per avvicinare il non pubblico tramite la fruibilità, la formazione e la flessibilità.*

Possiamo affermare che questa ricerca ci induca a capire dove indirizzare le politiche per lo sviluppo della creatività e dei contenuti dell'industria culturale altoatesina.

A fronte di ciò:

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

*la Giunta provinciale
a costituire ed attivare l'Osservatorio Culturale Alto Adige.*

Abgeordneter Repetto, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente! Questa proposta dell'Osservatorio culturale provinciale nasce essenzialmente da un esperimento che aveva fatto l'amministrazione provinciale nel lontano 2004 insieme al Comune di Bolzano per analizzare sul territorio provinciale il mondo dell'associazionismo, il mondo delle istituzioni e delle fondazioni culturali in ambito provinciale.

Uno studio accurato, in cui veniva fatto tutto un *excursus* dello sviluppo culturale nell'ambito della provincia stessa e della città in particolare, in cui si lavorava essenzialmente su dei temi specifici, cioè la produzione delle associazioni culturali o delle fondazioni, che tipo di occupazione portava il mondo della cultura e naturalmente anche l'ambito delle presenze, degli spettatori all'interno dei vari spettacoli, dei vari eventi o delle varie stagioni.

Questo era un aspetto che ha determinato delle cose estremamente interessanti. Ci sono istituzioni, fondazioni che producono delle proprie attività, pur acquisendo anche altre attività culturali e questo porta essenzialmente a una crescita professionale, culturale e occupazionale all'interno della nostra provincia.

Questo osservatorio culturale purtroppo non ha poi trovato un suo sviluppo negli anni successivi, perché nel 2005 la cosa era terminata e la Provincia non pensò poi di svilupparlo ampliandolo anche nella periferia. È un peccato che si sia perso questo tempo, in altre Regioni italiane questo tipo di operazione è stata fatta, penso ad esempio all'Emilia Romagna, e porta a una valutazione complessiva di come viene sviluppato l'investimento in ambito culturale, su come bisogna intervenire da parte dell'ente pubblico, che poi è uno dei grandi erogatori di finanziamento in questa direzione.

Io vorrei leggere l'ultima pagina della mozione che ho presentato, dove le funzioni dell'Osservatorio culturale si possono sintetizzare come segue:

"- *Ottenere un appuntamento annuale per valutare le attività proprie dello spettacolo dal vivo e dei progetti ad esso annessi;*", perciò il mondo di lingua italiana, il mondo di lingua tedesca e quello di lingua ladina hanno la possibilità di confrontarsi annualmente su come vanno le proprie attività dello spettacolo.

"- *Uno spunto per prendere decisioni per investimenti, per avviare e consolidare le politiche culturali del territorio;*", per esempio quanto sono importanti la musica classica o il teatro di prosa sia di lingua italiana che di lingua tedesca e ladina, quanto può essere importante il mondo della coralità, ad esempio il mondo della coralità italiana è in piena crisi, il mondo della coralità tedesca ha un suo sviluppo importante, la prosa nel mondo di lingua tedesca, attraverso le varie associazioni che esistono sul territorio, ha una forza notevole, mentre nel mondo di lingua italiana nei territori urbani ha un suo sviluppo.

"- *Consapevolezza che uno studio annuale trasparente permette alla cultura di essere interpretata come motore di crescita economica*", lo sviluppo culturale ha una sua valenza economica, "occupazionale e" poi

anche "turistica", ma questo fa parte di un progetto, di una pianificazione, di una visione complessiva, non di un elemento specifico che va legato a una concessione di un finanziamento per un evento, ma che abbia un suo significato complessivo.

"- *Richiamare forme di investimento degli operatori economici locali a favore della cultura ("il rapporto tra l'azienda sociale ed istituzionale, nel quale si opera e nel quale l'operatore si identifica è cruciale, qui in Alto Adige è particolarmente radicato questo legame tra i cittadini e la loro identità culturale e territoriale" L. Trezzini).*"

- La parte politica può dare delle "linee guida per avvicinare il non pubblico" – perché c'è tanto non pubblico che non frequenta i teatri, l'auditorium, gli spettacoli dal vivo – "tramite la fruibilità, la formazione e la flessibilità."

Questo è un po' come bisognerebbe costruire l'Osservatorio culturale. A mio modo di vedere ha una ricetta positiva in prospettiva per poter dare un segnale forte nei confronti di una progettualità da parte della Provincia, che può essere esteso anche nei maggiori Comuni del nostro territorio.

Io mi sono fermato nella parte dispositiva dire "a costituire e attivare l'Osservatorio Culturale Alto Adige".

È chiaro che ogni osservatorio viene costruito da chi lo vuole costruire, però esiste da parte della Provincia, degli uffici provinciali, dei funzionari – io penso al dott. Gatterer nell'ambito della cultura tedesca, al dott. Lampis per la parte italiana cioè i funzionari ai vertici della Cultura – che conoscono molto bene quest'operazione che potrebbe dare dei risultati positivi all'amministrazione provinciale anche nell'ambito del futuro delle risorse che vengono meno ma che possono essere investite meglio, in modo più oculato e più dirimente per l'attività che si vuole sviluppare nel prossimo futuro e dare ai cittadini della nostra provincia la capacità di poter partecipare e soprattutto di poter crescere. Guardate che gli spettacoli dal vivo, attraverso la promozione, la formazione e la costruzione dello spettacolo fa crescere in modo esponenziale la struttura dei cittadini stessi che vivono nel nostro territorio.

PLONER Alex (Team Köllensperger): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Repetto! Ich kann sehr viel, was du jetzt gesagt hast, nachvollziehen, weil ich auch in der Kultur viele Jahre tätig gewesen bin und vielleicht ist es am Ende der Begriff, der mich ein wenig stört, dieser Begriff "Beobachtungsstelle", aber darauf komme ich noch zurück. Dein Beschlussantrag gibt mir auch die Gelegenheit, einmal unseren politischen Zugang zur Kultur zu sehen und darüber nachzudenken. In diesem Zusammenhang hat mein Journalistenkollege Georg Mair letzte Woche uns allen medial den Kopf gewaschen. Ich zitiere aus seinem Leitartikel: "Es gibt in der Kulturpolitik keine Visionen, es wird ein bisschen produziert und viel eingekauft. Es geht weiter wie bisher. Die Kultur hat im Landeshaushalt keine Priorität. Sie wird erst über den Nachtragshaushalt finanziert. Das ist kurzsichtig. Wir brauchen die Kultur – gerade in Zeiten wie diesen. Dann bekommen wir hier alle unser Fett weg. Inhaltlich ist die Kulturpolitik in Südtirol eine Misere. Eine Vorlage, die auch von der Opposition nicht genutzt wird. Es gibt – immer laut Mair – wenige Politiker und Politikerinnen, die in der Materie zuhause sind." Damit wird auch noch das mickrige Ergebnis des Gesetzes zur Kulturförderung angesprochen, die Planungssicherheit für Produzenten, die zwar auf dem Papier besteht, aber in der Realität mangelhaft funktioniert. Sonst hätten ja vor wenigen Tagen die Südtiroler Stadttheater bei ihrer Pressekonferenz sich mehr aufs Programm konzentrieren können und wenige ihre Schwierigkeiten in der Finanzierung ansprechen müssen. Selbst Angelika Gasser, Leiterin des Amtes der Deutschen Kultur, sagt inzwischen öffentlich, dass für die Politik die Kultur keine prioritäre Angelegenheit ist. Jetzt an dieser Stelle eine Landesbeobachtungsstelle für Kultur zu fordern, heißt für mich ein wenig das Pferd von hinten aufzuzäumen. Die Beobachtungsstelle braucht es an diesem Punkt aus meiner Sicht schlichtweg nicht, denn das würde heißen, um es mit einem Bild auszudrücken: Pflanzen jetzt beim Wachsen zu beobachten und zu studieren, anstatt die Samen auszubringen und sie zu wässern, was dieses Land in Sachen Kultur höchst notwendig hätte. Und in der Kultur haben wir sozusagen noch viel Luft nach oben. Zwei Begrifflichkeiten, geschätzter Kollege Repetto - und ich weiß um dein Wissen und auch um dein Engagement in Sachen Kultur – spiegeln für mich ein wenig dieses schwierige Verhältnis der Politik zur Kultur wider und wie auch Kultur gerne definiert wird. Du sprichst von "Anstieg des Kulturkonsums" und von einer "Weiterentwicklung der Kulturindustrie", also Konsum und Industrie. Wir sollten auch in der Kultur aus meiner Sicht wegkommen vom Quantitätsdenken hin zu einer gelebten und erlebbaren Qualität in der Kultur, die die Orientierung, aber auch die erweiterungspersönlichen Horizonte fördert. Fördern wir doch eine Kultur, die den Besten ihrer Zunft, die Künstlerinnen und Künstler nicht über den Brenner hinausjagt, um erfolgreich zu werden, Stichwort "kulturell", künstlerischer "Brain-Drain" und Stichwort "Begabtenförderung". Wir haben viele Künstler, die dieses Land inzwischen verlassen haben.

Geben wir eben diesen Visionen, diesen Menschen, die kulturelle Visionen entwickeln, die die Samen ausbringen – ich bin gleich fertig –, die mutig auch neue Wege in der Kultur gehen und damit Südtirol eine begehrtenwerte, bewundernswerte, um nicht zu sagen, beneidenswerte Kulturlandschaft schenken. Fördern wir diese Personen! Wir finden einige Ansätze in deinem Antrag sehr gut, würden sie unterstützen, aber ich sehe noch Potential in der Weiterentwicklung dieser Idee und deshalb stimmen wir heute nicht dagegen, sondern enthalten uns.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Kollege Ploner, ich glaube, dass der Ruf des Journalisten Georg Mair ein Ruf danach war, sich öfter mit Kultur kreativ und politisch zu befassen. Das tun wir wenig. Ich glaube, in Südtirol tun wir eines, die Kultur immer wieder auf das Thema der Sprachgruppen zu reduzieren. Ich bin mittlerweile zum Schluss gelangt, dass uns das auch in der kulturellen Entwicklung leider nicht voranbringt, wie es sollte, sondern in Wirklichkeit bremst. Über das Verharren in dieser Diskussion müssten wir hinwegkommen. Dann wäre eine Kulturdiskussion in unserem Land auch viel, viel facettenreicher, viel viel interessanter, viel offener und nicht nur auf dieses dumpfe Sprachenthema reduziert, denn das engt tatsächlich ein. Es kann neue Kreativitäten hervorbringen, aber ich glaube auch, dass es uns in unserer Mentalität, in unserem Denken immer wieder hemmt.

Abbiamo discusso nell'ultima legislatura di cultura, quando c'era la legge sulla cultura, certo era un dibattito molto sulla struttura, era molto poco un dibattito di orientamento, questo è vero, questo è mancato, perché poteva essere un momento di grande lucidità e di grande altezza, invece era un dibattito molto ridotto alla discussione sulle strutture, sugli investimenti, sugli incentivi, eccetera.

Io penso invece che questo stimolo che viene dal collega Repetto, sia uno stimolo tra molti necessari per sviluppare e tenere in vita questo dibattito culturale e anche la produzione. Certo sono termini che possono sembrare consumistici, però qualcosa nell'arte si produce. Spesso però, quello che si manifesta nell'ambito culturale si sovrappone, quante cose vanno in parallelo e da nessuna parte c'è un coordinamento. Penso che una riflessione di questo tipo, come la propone il consigliere Repetto, sia produttiva, interessante e vorrei approfondire questo discorso, sono curiosa di sentire cosa dice la Giunta su questo argomento perché io la trovo una proposta assolutamente condivisibile e credo che ci porti più avanti, e se valutiamo se una cosa ci porta avanti o ci porta indietro è presto scelto se votare sì o no. Secondo me è assolutamente da appoggiare questa proposta.

PRÄSIDENT: Wir fahren morgen mit der Behandlung des Beschlussantrages fort.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.59 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (24)
ALFREIDER (3, 4, 6, 8)
ATZ TAMMERLE (14, 31)
DEEG (16, 19)
DELLO SBARBA (15, 16, 20, 33)
FAISTNAUER (17, 18)
FOPPA (4, 5, 30, 36, 38, 42)
HOCHGRUBER KUENZER (17, 25)
KNOLL (6, 7, 21, 22, 25, 26)
KÖLLENSPERGER (3)
LANZ (34)
LEITER REBER (33)
LOCHER (7, 8, 21, 34)
MAIR (9, 16, 17, 23, 24)
NICOLINI (12, 13)
PLONER Alex (41)
PLONER Franz (11, 12, 22, 23)
PRÄSIDENT (3)
RENZLER (10, 11)
REPETTO (5, 6, 18, 19, 26, 27, 35, 40)
SCHULER (12, 13, 14, 20, 21, 36)
STAFFLER (24, 25, 32)
TAUBER (32)
URZÌ (13, 27, 28, 35)
VETTORATO (5, 22, 27)
WIDMANN (9, 10, 11, 15, 23, 26)